Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 44. Sonnabend, den 1. November 1913. 17. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Nützt die Zeit! — Protest der Leipziger Steinmetzen gegen den Oberbaurat Scharenberg. — Die Berliner Kollegen und die Arbeitslosigkeit. — Wer keine Steuern zahlt. — Zerstörte Legende. — Der Kampf gegen die Tuberkulose. — Pflicht- oder Ersatzkasse. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Steinausschreibungen. — Rundschau. — Literarisches. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. — Versammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Steinindustrie auf der J.B.A. glänzend prämiiert. — Wirtschaftliche Rundschau. — Die Arbeitslosenversicherung in der bayrischen Kammer. — Die Organisationsverhältnisse im Mayener Bezirk. — Aus dem Rammelsbacher Pflastersteinbruchgebiet. — Moralgrundsätze für christliche Schriftsteller. — Feuilleton: Ueber den Ursprung der Religion und des Gottesglaubens. III. — Drahtseilbahnstützen aus Beton und Eisenbeton.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Wulsdorf: Firma J. Ernst in Lehe. — Zwingenberg: Granitwerk Rüth & Reinmuth. — Oberwesel: Steinmetzgeschäft Weiler.

Köln II. Der am 28. Oktober abgelaufene Tarif wurde von den Unternehmern gekündigt. Zwecks Erneuerung des Tarifes haben Verhandlungen stattgefunden. Eine vollständige Einigung wurde noch nicht erzielt.

Nützt die Zeit!

Draußen fröstelts. Der Rauhreif löst die letzten vergilbten Blätter von Baum und Strauch. Dichte Nebelschwaden lagern schwer über Aecker und Wiesen. Nicht mehr lange, und der Winter hält seinen Einzug, der kalte Winter, der die Natur in starre Bande zwingt und mit Eis und Schnee überschüttet, gleichsam als wolle er das unter gefrorener Erdkruste heimlich pochende Leben gänzlich vernichten . . .

Der Winter ist aber auch die Jahreszeit, die die Menschen wieder einander mehr nähert, die das Gesellschaftsleben lebendiger gestaltet. Die wärmere Jahreszeit, die das Proletariat in seiner freien Zeit auszunutzen bestrebt ist zur Erholung in freier Natur, hat in dieser Hinsicht etwas mehr Dezentralisierendes an sich. Wir finden, daß deshalb die Versammlungen im Sommer in minderem Maße als im Winter besucht werden, der letztere ist gerade kraft der weniger günstigen Witterung geeignet, das Vereinsleben lebendiger zu gestalten.

Das aber ist ein Grund für uns, die dem Vereins- und Versammlungsleben günstiger gestimmte Zeit zu nützen. Wohl kommt der Organisationsgedanke im Proletariat immer mehr zum Durchbruch, und selbst die zurzeit herrschende Wirtschaftskrise mit ihren üblen Begleiterscheinungen vermag es nicht, die Organisation der Arbeiter in auch nur nennenswerter Weise zu schwächen. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Ueberzeugung von der unerläßlichen Notwendigkeit der Organisation in der Arbeiterschaft fest verankert und unausrottbar geworden ist. Anderseits dürfen wir uns aber auch nicht verhehlen, daß die große Mehrheit unsrer Arbeitsgenossen dem Organisationsgedanken immer noch fremd, stumpf und teilnahmslos gegenübersteht. Sie schenken weder der sich immer mehr konzentrierenden Organisationsmacht des Unternehmertums, noch dem Streben andrer einflußreicher Kreise im Volksleben nach stärkerer Organisation ihre Aufmerksamkeit, sie befinden sich immer noch im Zustande des von uns so viel und so oft bekämpften Indifferentismus. Ein verachtenswerter Stumpfsinn, nur erklärlich durch die vorhandene mangelhafte Volksschulbildung, hält die Geister in seinem Banne und hindert sie, zur Verbesserung ihrer Lebenslage und zur Hochhaltung ihrer proletarischen Klasseninteressen das zu tun, was von jedem halbwegs aufgeweckten Menschen als unbedingte Notwendigkeit erkannt ist: sich zu organisieren.

Diese an wirtschaftlichen und geistigen Selbstmord grenzende Gleichgültigkeit zu bekämpfen, gehört nach wie vor zu unsern vornehmsten Aufgaben. Wir wissen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen schon viel für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft vollbracht haben, wir wissen, daß sie um so unwiderstehlicher werden, je mehr Arbeiter sich ihnen anschließen. Deshalb bedeutet jeder Mitgliederverlust eine Schwächung, jeder Mitgliedsgewinn eine Stärkung unsrer Positionen.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, müssen wir auch unsre uns im Winter bevorstehende Organisationsarbeit bewerten. Das Vereins- und Versammlungsleben gestaltet sich in dieser Zeit reger, deshalb gilt es, diese Situation auszunutzen und die Arbeiterschaft zu interessieren am Versammlungsleben. Die Versammlung ist der Ausgangspunkt zur Aufklärung und damit zur Erkenntnis, daß die geeinte Masse sehr wohl in der Lage ist, für die Hochhaltung und Besserstellung ihrer Lebenslage zu wirken.

Wie füllen wir nun unsre Versammlungen? Ach, mit der bloßen Ankündigung ist wenig getan. Das genügt nur für jene, die bereits den Wert der Versammlung kennen und organisiert sind. Es gilt aber, die Unorganisierten, die Indifferenten dazu zu bewegen, in die Versammlungen zu kommen. Deshalb ist notwendig, daß jeder, der von der Notwendigkeit unsrer proletarischen Bewegung überzeugt ist, Hand ans Werk legt und durch die Agitation von Mund zu Mund für einen besseren Versammlungsbesuch zu sorgen trachtet. Der bisher noch teilnahmslose Arbeitsgenosse muß im Lokal oder an der Arbeitsstätte hierzu aufgemuntert werden, und wenn auch das nichts hilft, dann muß er in seiner Wohnung aufgesucht und so lange bearbeitet werden, bis die Eisrinde seines Indifferentismus schmilzt und er sich endlich die Stiefeln anzieht und mitgeht in die Versammlung, die in ihn dann in der Regel den ersten Keim der Erkenntnis seiner Klassenlage pflanzt und bei geschickter weiterer Bearbeitung aus ihm einen organisierten Klassenkämpfer macht. Die veranstalteten Lichtbildervorträge durch Kollegen Walther dürften auf die Steinarbeiter einen ziemlichen Anreiz zum Versammlungsbesuch ausüben. Aber auch sonst müssen unsre Versammlungen besser besucht werden.

Diese Agitation von Mund zu Mund ist gar nicht so schwer, wie mancher sich das ausmalen mag. Gewiß, manche Schädel sind dick und viele sind antikollektivistisch. Aber greift bei eurer mündlichen Agitation nur hinein ins volle Menschenleben! Knüpft eure Unterhaltung an die Misere der heutigen Zeit, zeigt euren bisher indifferent dahindämmernden Klassengenossen das Elend der heutigen Geschäftslage, schildert ihnen die Not, die angesichts der Wirtschaftskrise Tausende von Familien heimsucht. Erklärt ihnen, wie es kommt, daß das Unternehmertum diese traurige Zeit zu seinem Vorteil auszunützen und die ohnehin knappen Löhne der Arbeiterschaft noch mehr herabzudrücken sucht. Sagt ihnen, daß dagegen etwas getan werden kann, wenn die Masse sich zur Abwehr zusammenschließt; sagt ihnen auch, daß diese Masse sich zu einigem, planvollem Handeln nur finden kann in der Versammlung und in der Organisation! Und wenn ihr ihnen dann weiter die Vorteile der letzteren auseinandersetzt, dann werdet ihr auch bald einen neuen Freund unsrer Bewegung und damit ein neues aktives Mitglied unsres proletarischen Befreiungskampfes gewonnen haben . . .

Nützt die Zeit! Es gilt, eine große und gerechte Sache zu fördern! Sorgt dafür, daß unsre Arbeitsgenossen reges Interesse am Versammlungs- und Vereinsleben gewinnen! Verhindert, daß unsre Organisation zurückgeht und damit an Stärke und Einfluß einbüßt. Und dann noch ein Wichtiges: Gestaltet eure Versammlungen so, daß sie auch wirklich werbend und anfeuernd wirken! Werbend auf die neu zu Gewinnenden, anfeuernd auf die Zweifler und Zaghaften! Verbannt aus den Versammlungen allen persönlichen Klatsch und Tratsch, kritisiert, aber nörgelt und schimpft nicht über eure Einrichtungen! Und habt dabei immer unser großes Ziel im Auge: Die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus! Der notwendige brüderliche Geist muß jede unsrer Veranstaltungen durchwehen, von Mut und Selbstvertrauen muß jede Rede durchwebt sein, und die ganze Diskussion muß getragen werden von dem unerschütterlichen Vertrauen auf den Sieg unsrer großen und gerechten Sache!

Solche Versammlungen wirken organisationswerbend und mutstählend, sie tragen die so notwendige Aufklärung in immer weitere Volkskreise und nähern unsre gute Sache in fruchtbarer Weise ihrem sicheren Siege. Und wenn dann die warme Frühlingssonne wieder hell in die Lande scheint und die Lerche fröhlich jubilierend über frischbesätem Ackerboden sich hoch in die Lüfte erhebt, dann steht das organisierte Proletariat gefestigter denn je in Reih und Glied, jederzeit bereit, die sich wieder bietende Konjunktur auszunützen und fruchtbar weiter zu wirken an der Besserstellung der proletarischen Lebenshaltung und am weiteren Aufstieg zu Kultur und echter Lebensfreude!

Der Zentralverband deutscher Steinarbeiter hat sich in den letzten Jahren prächtig entwickelt. Diese Tatsache allein bedeutet schon eine agitatorische Zugkraft. 32 000 Steinarbeiter um die Fahne des Verbands zu scharen, war keine Kleinigkeit. Aber es muß bezüglich der Mitgliedervermehrung noch bedeutend mehr getan werden. Wie würde es jetzt in den Steinbruchbezirken aussehen, wenn wir keine Tarifverträge hätten? Lohnkürzungen wären an der Tagesordnung.

Den Steinarbeitern können wir nur zurufen: Nützt die Zeit! Strebt und arbeitet für eure Organisation! Um so früher werdet ihr die schönen Früchte eurer Tätigkeit ernten!

Protest der Leipziger Steinmetzen gegen den Oberbaurat Scharenberg.

Die Leipziger Baubehörden verwenden schon seit Jahren an städtischen Bauten in überwiegender Weise Kunststein. Der sich an so vielen Bauten bewährte Naturstein wird nicht mehr genügend beachtet. Die hiesige Universität wurde aus dem Elbsandstein hergestellt, und es ist daran noch kein Werkstein beschädigt. — Im städtischen Bauamte hat man aber für Surrogate eine besondere Vorliebe, und der oberste Leiter des genannten Amtes hielt auf dem Kongreß der Kunststein- und Betonbauindustriellen, welcher auf der Internationalen Baufachausstellung im August stattfand, für die Verwendung des Kunststeins eine begeisternde Rede. Die Leipziger Steinmetzen befaßten sich in einer Versammlung, die am 23. Oktober stattfand, mit den die Natursteinindustrie schädigenden Aeußerungen des Oberbaurats Scharenberg, wobei nachstehende Resolution zur Annahme gelangte:

Die sehr stark besuchte Versammlung der Leipziger Steinmetzen nimmt mit großem Bedauern Kenntnis von den Aeußerungen des Herrn Oberbaurat Scharenberg, welche er auf der Internationalen Baufachausstellung gegenüber dem Naturstein machte. Der Kunststein hat sich bisher noch nicht so bewährt, daß demselben gegenüber ein solches Lob am Platze wäre. Vergleiche über die Güte des Kunststeins lassen sich erst in 20—30 Jahren ziehen, und da noch nicht einmal endgültig.

Herrn Scharenbergs Darlegungen, welche ziemlich hypothetischer Natur waren, sind geeignet, den Naturstein noch mehr zu verdrängen und dadurch die Erwerbsmöglichkeit der Brecher und Steinmetzen ungemein zu erschweren. Der genannte Oberbaurat, der dem hiesigen Bauamt vorsteht, hat nach unsrer Meinung keine Legitimation, den Kunststein in so einseitiger Weise zu propagieren. Schließlich spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß der Rat der Stadt Leipzig bei seinen zukünftigen Bauten dafür sorgt, daß der sich bisher bewährte Naturstein wieder in stärkerer Weise Verwendung finden möchte.

Bei entstehenden Tarifstreitigkeiten, und die kommen im Steinmetzgewerbe häufig vor, verweisen die Unternehmer nun immer auf die Darlegungen des Leipziger Oberbaurats, der doch indirekt dem Naturstein Fehde angesagt hat. — Die Steinmetzen sehen sich deshalb veranlaßt, die Ausführungen des Herrn Scharenberg niedriger zu hängen. Wir können es auch nicht begreifen, wo der Oberbaurat seine Erfahrungen gesammelt hat, um den Kunststein, wie er es tut, herausstreichen zu können. Die Kunststeinfabrikanten, die häufig die scheußlichsten Fassadenteile liefern, machen mit der Rede des Oberbaurats eine mächtige Reklame; ein Blick in die Fachzeitschriften genügt, das festzustellen. Zum letzten Ende aber sind die Arbeiter der Natursteinindustrie diejenigen, die bei Lohnbewegungen immer hören müssen, wie dem Naturstein die Verwendungsmöglichkeit immer mehr eingeengt wird. Und es bedarf der größten Anstrengungen durch die Gewerkschaftsorganisation, damit nur die bescheidenste Lohnzulage herausgeschlagen werden kann.

Der Naturstein hat an so vielen hervorragenden Bauten den Witterungseinflüssen standgehalten, daß damit die diversen Surrogate nicht im entferntesten standhalten können.

Die Berliner Kollegen und die Arbeitslosigkeit.

Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Otto Hanke vom Bauarbeiterverband stimmte eine äußerst starkbesuchte Versammlung folgender Resolution zu:

In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit im Steinmetzgewerbe Großberlins fordern die organisierten Steinarbeiter

a) von den staatlichen und kommunalen Bauämtern:
die möglichste Beschleunigung aller auszuführenden Bauten. Bei der Vergebung von Arbeiten nur die Berücksichtigung solcher Unternehmer, welche die tariflichen Bestimmungen anerkannt haben und sich verpflichten, hiesige Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen.

b) von Staat und Kommune:
die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung und bis zum Inkrafttreten derselben die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung Arbeitsloser, ohne dieser den Charakter der Armenunterstützung zu geben.

c) von den Unternehmern:
die größtmöglichste Herabsetzung der Arbeitszeit auf die Dauer des Allgemeinen Arbeitsmangels, den völligen Verzicht auf Ueberstunden und die Herbeiführung einer von den beiderseitigen Verbänden auszuübenden gemeinsamen Arbeitsvermittlung.

d) **von sämtlichen Berufsangehörigen:**
die Unterstützung aller Bestrebungen, welche die Durchführung obiger Forderungen zu fördern geeignet sind, insonderheit die strikteste Einhaltung der tariflich zulässigen kürzesten Arbeitszeit, sofern ein weiteres Herabsetzen derselben nicht durchführbar ist.

Der Absatz d wurde, um ihm mehr Wirksamkeit zu geben, als besonderer Antrag behandelt, und wie die Gesamtresolution mit großer Mehrheit angenommen.

Begründend wurde von seiten des Vorstands ausgeführt, daß zurzeit 140—150 Arbeitslose, was einem Satz von **15 Prozent** der Mitgliedschaft entspricht, im Berufe vorhanden sind. Doch nicht die hohe Zahl der Arbeitslosen allein müsse uns veranlassen, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sondern noch mehr die Häufigkeit und Dauer derselben, welche die von ihr betroffenen Kollegen (und leider sind es fast immer dieselben) zu erdulden haben. Von den bei der am 6. Oktober stattgefundenen Arbeitslosenzählung Gemeldeten hatten nur 21 eine letzte Beschäftigungsdauer von einem Vierteljahr und darüber aufzuweisen, während die übrigen kürzere Zeit, manche sogar nur wenige Tage gearbeitet haben, nachdem sie vorher eine Arbeitslosigkeit durchmachen mußten, die die gegenwärtige vielfach noch an Dauer übertraf. So betrug bei 4 Kollegen die gegenwärtige und bei 3 Kollegen die vor der letzten Beschäftigung überstandene Arbeitslosigkeit

über 13 Wochen. Und das mitten im Frühling und Sommer. Welches Maß von Elend und zerstörtem Familienglück liegt in diesen Ziffern.

Die Verwirklichung der Resolution ist das mindeste, was zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu geschehen hat, selbst auf die Gefahr hin, daß mit dem einen oder andern Unternehmer Differenzen wegen der Durchführung derselben ausbrechen sollten. Der Herr-im-Hause-Standpunkt, welcher sich gegen die zeitweise Verkürzung der Arbeitszeit oder gegen die Regelung des Einstellungswesens wendet, muß unbedingt durchbrochen werden.

Aber auch auf die Kollegenkreise muß belehrend und erzieherisch eingewirkt werden, welche sich noch aus eigennützigen oder eigensinnigen Gründen der Beseitigung der Anarchie auf dem Arbeitsmarkte entgegenstemmen. Wo, wie auf den Bauten, die Möglichkeit geboten ist, durch strikte Innehaltung des Tarifs (nach unserm Tarif ist auf den Bauten die tarifliche Arbeitszeit der Maurer einzuhalten, welche zurzeit 8 Stunden beträgt) eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, hat dies ohne weiteres zu geschehen. Doch auch auf den Plätzen und in den Werkstätten haben unsre Kollegen auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken, um möglichst vielen Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, sich und ihren Familien den Unterhalt zu verdienen, zum mindesten aber zu verhüten, daß weitere Entlassungen vorgenommen werden.

Um das Vorgehen der Kollegen in den einzelnen Betrieben zu unterstützen, hat sich der Vorstand an die in Betracht kommenden Unternehmer gewandt und diese um ihre Mitwirkung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ersucht.

Wer keine Steuern zahlt.

Herr Rudolf Martin, der frühere Regierungsrat im Reichsamt des Innern, hat sich eine Arbeit gemacht, der ein gewisses Verdienst nicht abgesprochen werden kann. Er gibt bekanntlich ein Jahrbuch der Millionäre heraus, worin zum größten Verdruß der Besitzenden angegeben wird, mit wie vielen Millionen mancher privilegierte Staatsbürger im Jahr über auskommen muß. Das, was Martin in seinem Buche feststellt, ist auch gleichzeitig ein Beweis für die vielgepriesene „Gerechtigkeit" im Lande. In Preußen gibt es eine ganze Reihe von Fürstlichkeiten, die neben einem weitausgedehnten Grundbesitz über ein recht ansehnliches Barvermögen verfügen, die alljährlich große Summen aus dem preußischen Säckel in Gestalt von Renten beziehen und infolge des geltenden Steuerprivilegs auch nicht einen roten Pfennig Staatssteuern zahlen. Hier nur einige Fälle:

25 Millionen Mark und keine Steuern.

Das Vermögen des Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen auf Philippsruhe bei Hanau beträgt nach dem „Jahrbuch für Millionäre in Hessen-Nassau" mindestens 25 Millionen Mark bei einem jährlichen Einkommen von 1,6 Millionen Mark. Der Landgraf gehört zu den größten und reichsten Großgrundbesitzern von Preußen und besitzt in Holstein die Herrschaft Hessenstein mit Schloß Panker (5613 Hektar) und im Regierungsbezirk Kassel die Herrschaft Philippsruhe (1237 Hektar), zusammen also 6850 Hektar. Wenn man erwägt, daß die Stadt Berlin für die Herrschaft Lanke (rund 4400 Hektar) eben 20 Millionen Mark zu zahlen hat, so kann man sich einen Begriff von dem Wert des gänzlich schuldenfreien Grundbesitzes des Landgrafen machen. Der Landgraf ist aber auf den Ertrag dieses riesenhaften Grundbesitzes keineswegs angewiesen, da er das Haupt des reichen landgräflichen Zweiges ist und auch über ein erhebliches Barvermögen verfügt. Der preußische Staat zahlt ihm jährlich aus dem im Jahre 1868 mit Beschlag belegten Hausfideikommiß des letzten Kurfürsten von Hessen-Kassel eine Rente von 606 000 Mk. Dieser reiche Grundbesitzer ist in Preußen von jeder Staatssteuer befreit und trägt also weder von seinem Vermögen noch von seinem Einkommen eine Steuerlast für den preußischen Staat.

54 Millionen Mark und keine Steuern.

Die nichtregierende landgräfliche Linie von Hessen hat eine ganze Reihe von Mitgliedern, die gleichfalls sehr reich sind und deren Vermögen zum Teil nahe an das Vermögen des Oberhauptes heranreicht. Die beiden Nebenlinien Philippsthal und Philippsthal-Barchfeld erhalten zudem noch eine jährliche Rente von 300 000 Mk. Wer von den Mitgliedern der landgräflichen Familie steuerfrei ist, vermag niemand zu sagen; der preußische Finanzminister hat eine entsprechende Anfrage abgelehnt zu beantworten.

Das zweitreichste Mitglied der landgräflichen Familie von Hessen ist Landgraf Ehlodwig von Hessen-Philippsthal-Barchfeld. Sein Vermögen wird von Martin auf 15 bis 16 Millionen Mark und sein Einkommen einschließlich der vom preußischen Staat gewährten Rente von 300 000 Mark auf 750 000 Mark beziffert.

Landgraf Ernst von Hessen auf Schloß Philippsthal im Regierungsbezirk Kassel hat nach Martin ein Vermögen von mindestens 4 bis 5 Millionen Mark und ein Einkommen von mindestens 460 000 Mark.

Die verwitwete Landgräfin Anna von Hessen in Frankfurt a. M. hat ein Vermögen von 3 bis 4 Millionen Mark und ein Einkommen von 220 000 Mark.

Der Schwager des Kaisers, Prinz Friedrich Karl von Hessen, der jüngere Bruder des Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen, hat immerhin ein Vermögen von 3 bis 4 Millionen Mark und, ohne die Apanage seiner Gemahlin, ein eigenes Einkommen von etwa 240 000 Mark. Alle diese reichen Mitglieder der landgräflichen Familie von Hessen sind in Preußen steuerfrei. Ihr gesamtes Vermögen beträgt mindestens 54 Millionen Mark und ihr Einkommen 3,27 Millionen Mark. Und dabei sind alle diese steuerfreien Mitglieder dieser landgräflichen Familie nur ganz weitläufige Verwandte des am 6. Januar 1875 verstorbenen letzten Kurfürsten von Hessen, der keine erbfolgeberechtigten Kinder hinterließ.

Zu diesen privilegierten Nutznießern kommen dann noch alle diejenigen, bei denen die Steuerfreiheit durch besonderen Vertrag ausdrücklich festgelegt ist, wie z. B. bei den Mitgliedern des vormals hannoverschen Königshauses, ferner die Prinzen und Prinzessinnen von Preußen und schließlich der preußische König selbst.

Während also dem Arbeiter auch der letzte Pfennig seines geringen Einkommens verkürzt wird, bleiben in Preußen die großen Einkommen einer kleinen bevorrechteten Klasse und ein sehr großer Teil des besten preußischen Grundbesitzes steuerfrei. Die Steuerfreiheit könnte durch eine einfache Gesetzesänderung aufgehoben und dem Staate erhebliche Summen zugeführt werden, wenn in Preußen neben der unglaublichen Einkommenbesteuerung nicht noch das schändlichste aller Wahlsysteme, das elende Dreiklassenwahlrecht, bestehen würde.

Zerstörte Legende.

Eine der meisten gebrauchten Behauptungen in der christlichen Gewerkschaftsagitation ist die, daß dort, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren, die Löhne durchgängig höher seien als dort, wo die freien Verbände ihre Kernmannschaften haben. Ganz besonders wird diese Agitationsrede vom christlichen Textilarbeiterverband gebraucht. Herr Schiffer sowohl wie die Hunderte kleiner Agitatoren tragen alljährlich tausendemal diese Behauptung in den Versammlungen vor, und alle ihre Zeitungen wiederholen sie von Zeit zu Zeit. Aber verlogen wie die christliche Agitation ist auch die Behauptung von den hohen Löhnen in den christlichen Domänen. Es soll das bewiesen werden in der Darlegung der Lohnverhältnisse der Textilindustrie. Die christlichen Agitatoren stützen sich bei ihren Behauptungen auf die Ergebnisse der Rechnungsübersichten in den Berufsgenossenschaften der Textilindustrie. Nun sind die Löhne nach diesen Angaben allerdings in den verschiedenen Distrikten des Reichs sehr unterschiedlich. Die rheinisch-westfälische Textilberufsgenossenschaft verzeichnete im Jahre 1911 einen Verdienst von 927 Mk. pro Kopf. Damit stand sie an der Spitze aller Textilberufsgenossenschaften. Nach ihr folgte die norddeutsche Textilberufsgenossenschaft mit 863 Mk., die sächsische mit 791 Mk., die elsässische mit 778 Mk., die süddeutsche mit 714 Mk. und die schlesische mit 627 Mk.

In Rheinland-Westfalen dominiert der christliche Textilarbeiterverband; es könnte somit scheinen, als ob tatsächlich in den christlichen Domänen die Löhne durchweg alle übrigen im Reich überragen. Daß das nicht der Fall ist, wird sofort klar, wenn man die Löhne der rheinisch-westfälischen Textilberufsgenossenschaft getrennt nach Sektionen betrachtet. Danach betragen pro Kopf die Löhne in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie: in Sektion Barmen 1101,10 Mk., Elberfeld 1010,50 Mk., M.-Gladbach 897,20 Mk., Düsseldorf 884,30 Mk., Lennep 864,40 Mk., Aachen 860,90 Mk., Münster 830,60 Mk.

Hier zeigt sich, daß die beiden Hochburgen der Zentrumsgewerkschaften, Aachen und das Münsterland, weit hinter den von den freien Gewerkschaften beherrschten Barmen, Elberfeld, Düsseldorf usw. stehen, sie rangieren an letzter Stelle. Die Löhne in Aachen und Münster, diese beiden christlichen Domänen, stehen aber auch nur wenig über den Löhnen in Sachsen. Wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, die schlechtentlohnte sächsische Oberlausitz von dem übrigen Sachsen zu trennen, würde dieser Vorsprung sofort verschwinden.

Bei Betrachtung der Arbeiterlöhne in den verschiedenen Distrikten ist jedoch die geschichtliche Entwicklung derselben mit zu berücksichtigen. Die linksrheinische Entwicklung der Textilindustrie wurde außerordentlich befruchtet durch die Einverleibung in die französische Republik im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts. Die Nachfrage nach Arbeitern daselbst und damit der Lohn stieg. Umgekehrt wurde die Entwicklung des übrigen Deutschland gehemmt durch die Aufrichtung hoher Zollmauern um Frankreich und zum Teil durch die Kontinentalsperre.

Noch besser wird der Rückstand der christlichen Domänen gekennzeichnet, wenn man die prozentuale Steigerung der Löhne ins Auge faßt. Prozentual sind die Löhne nach den Ergebnissen der Textilberufsgenossenschaften gestiegen seit dem Jahre 1888:

in Sachsen	von 515 Mk.	auf 791 Mk.	= 53 Prozent
„ Norddeutschland . .	„ 546 „	„ 863 „	= 58 „
„ Schlesien.	„ 415 „	„ 627 „	= 50 „
„ Rheinland-Westfalen	„ 648 „	„ 927 „	= 43 „

Im Elsaß und in Süddeutschland stiegen die Löhne nur um 32 resp. 29 Prozent. Das Rheinland steht also in der Steigerung zurück hinter Sachsen und Norddeutschland.

Aus alledem ist ersichtlich, daß die katholischen Arbeiter alle Ursache haben, zu prüfen, ob die christlichen Gewerkschaften den materiellen Aufstieg nicht eher hindern als fördern.

Der Kampf gegen die Tuberkulose.

Die Internationale Vereinigung gegen die Tuberkulose hielt in diesen Tagen in Berlin, wo sie seinerzeit gegründet wurde, ihre elfte Konferenz ab. Zu der Veranstaltung waren aus dem Inlande wie aus dem Auslande sehr zahlreiche Interessenten erschienen, und bei der Eröffnungssitzung reichte der große Saal des preußischen Abgeordnetenhauses für die Menge der Teilnehmer nicht aus, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß der Kongreß sich allerhöchster Protektion erfreut, und daß manch einer und manch eine nicht sowohl aus sachlichen Gründen gekommen waren, sondern, weil sie in den einleitenden Verhandlungen, denen die Kaiserin und eine Reihe von sonstigen hochstehenden Persönlichkeiten beiwohnten, ein gesellschaftliches Ereignis erblickten.

Auf das Publikum, das dabei ist, um zu sehen und gesehen zu werden, und bestenfalls durch seine Anwesenheit demonstrieren will, ohne sich die Mühe eines tieferen Eindringens in den Gegenstand zu machen, waren denn auch die ersten Reden der Konferenz berechnet. Besonders die Ansprache des Staatssekretärs Dr. Delbrück, die er sich angelegen sein ließ, den Nachweis zu liefern, wie wir es in den elf Jahren seit dem Bestehen der Vereinigung doch so herrlich weit gebracht hätten. Die Leute mit der oberflächlichen Anteilnahme, die Protektoren, die Geldgeber usw. lassen sich nicht gern in die Tiefen des Elends hineinführen. Die Schilderungen von der verheerenden Wirkung einer Krankheit, die an ihre eignen Tore nur verhältnismäßig selten klopft, sind ihnen wenig sympathisch. Sie hören lieber, was dank ihrer wertvollen Unterstützung schon alles erreicht ist und sonnen sich in dem Bewußtsein, sich wieder einmal hilfreich und edelmütig bewiesen zu haben.

So glitt Dr. Delbrück über die Ziffern, die die furchtbaren Folgen der Volksseuche erkennen lassen, recht schnell hinweg und nur in wenigen Ohren wird es haften geblieben sein, daß in Deutschland noch immer jeder zehnte Todesfall, bei den im erwerbsfähigen Alter Stehenden, jeder vierte Todesfall auf die Tuberkulose zurückzuführen ist, und daß bei den Industrie-, Berg- und Bauarbeitern, die bis zum 35. Lebensjahre sterben, die Hälfte dieser Krankheit zum Opfer fallen, wobei bei den Steinarbeitern noch ungünstigere Ziffern in Frage kommen. Um so breiteren Raum nahm in den Ausführungen des Ministers dann der Hinweis auf alle Maßregeln an, die man zum Kampfe gegen den tückischen Feind getroffen hat, und wir dürfen überzeugt sein, daß bei der Mehrzahl seiner Zuhörer schließlich das Gefühl überwog, es werde getan, was immer sich tun lasse und Deutschland habe allen Anlaß, mit seinen Leistungen zufrieden zu sein.

Wir unserseits wollen die Aufwendungen und die Veranstaltungen, von denen der Staatssekretär des Innern gesprochen hat, sicher nicht gering anschlagen. Wir geben zu, daß mancherlei geschehen ist. Aber das, was getan wurde, ist doch **nur ein ganz kleiner Teil von dem, was getan werden müßte,** und vor allem die Art, wie man bisher der Tuberkulose zu Leibe gegangen ist, **faßt das Uebel nicht bei der Wurzel.** Wir haben in der Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück gerade das vermißt, was er mit Rücksicht auf das Amt, das er bekleidet, am ersten zu sagen verpflichtet gewesen wäre: daß die Tuberkulose eine Krankheit der Not und des Elends ist, und daß die beste, ja die einzig wirksame Waffe gegen die Beseitigung ihrer Vorbedingungen ist. Man errichtet Volksheilstätten, gründet Walderholungsheime und schafft Waldschulen; man stellt die Arbeiterversicherung in den Dienst der Tuberkulosebekämpfung, man nimmt sich besonders der krankheitsverdächtigen Kinder an; man belehrt, man mahnt, man warnt; man trifft allerlei hygienische Vorkehrungen. **Alles recht gut und schön, aber man wird immer nur Schein- und kleine Teilerfolge erzielen, solange nicht durch eine entsprechende Sozial- und Wirtschaftspolitik die allgemeine Lage der arbeitenden Klasse gebessert wird.** Der schwache, unterernährte Körper ist für die Tuberkulose empfänglicher als der starke, der sich eine ausreichende Kost zuführen kann. Die Frau, die schwere Arbeit in der Fabrik leisten muß, ist der Seuche mehr ausgesetzt, als die, die sich auf ihre häusliche Tätigkeit beschränken kann. Das Kind, das in seinen ersten Lebensjahren gute Nahrung und gute Pflege genießt, wird den ererbten Keim besser überwinden, als jenes, das verwahrlost wird, weil die Mutter für die Existenz der Familie mitzusorgen hat. Der Bewohner guter Wohnungen ist wirksamer geschützt als der, der in erbärmlichen Mietskasernen oder unter dem löcherigen Dach ländlicher Arbeiterwohnungen haust. Bei keiner andern Krankheit kommt es mehr auf die Prophylaxe, auf die Vorbeugung an, als gerade bei der Tuberkulose.

Dr. Delbrück macht viel Rühmens von den günstigen Wirkungen, die durch die Errichtung von Lungenheilstätten im Zusammenhang mit der Arbeiterversicherung erreicht worden seien. Richtig, die Zahl der Todesfälle ist in den letzten Jahren prozentual gesunken. Aber hat der Staatssekretär sich wohl einmal die Frage vorgelegt, woher es kommt, daß in England, wo nebenbei die Tuberkulose weit weniger Opfer fordert, als in Deutschland, die Zahl der Todesfälle in derselben Zeit ebenfalls zurückgegangen ist? In England gibt es nur eine kleine Menge von Volksheilstätten, auf diesem Gebiet ist man Deutschland gegenüber weit im Rückstand. Wenn sich dort trotzdem eine an und für sich schon günstigere Situation noch weiter verbessert hat, so müssen hier andre Umstände im Spiele sein. Der deutsche Minister, dem die Sache am nächsten angeht, scheint sie nicht zu kennen. Er möge sich von einem Hygieniker, der die Tuberkulose zum Gegenstand seines Spezialstudiums gemacht hat, belehren lassen. Philipp M. Blumenthal macht schon 1900 darauf aufmerksam, daß ein viel zu wenig beachteter Faktor die Wendung herbeiführe: die gewaltige und durchgreifende Reform der öffentlichen Gesundheitspflege und der Wohnungsfürsorge, sowie die fortschreitende Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes.

Aehnliche Zeugnisse von andrer Seite liegen vor, und es hätte dem Reichsbeamten, der für die Sozialpolitik, wie für die Wirtschaftspolitik des Reichs die Verantwortung trägt, wohl angestanden, auf diese Zusammenhänge die Aufmerksamkeit seines Publikums hinzulenken. Aber natürlich, das wäre auf eine scharfe Verurteilung der Politik, die er im Namen der verbündeten Regierungen treibt, hinausgelaufen. In dem Augenblick, wo man sich anschickt, einen Zolltarif zu erneuern, der der Masse eine ausreichende Ernährung nicht gestattet, hat ein Minister, der sich nicht zum Opfer seiner Ueberzeugung machen will, nicht die Möglichkeit, die wirklichen Wurzeln der Tuberkulose bloßzulegen. Wer in der Furcht der brot- und fleischverteuernden Agrarier und der jedem sozialen Fortschritt abholden Großindustrie steht, kann über die Bekämpfung einer Krankheit, die Millionen und Abermillionen dahinrafft, nur allgemeine europäische Kongreßredensarten machen. Der einzige Arzt für die Proletarierkrankheit aber ist das Proletariat selber. Sie wird ihre Schrecken verlieren, je mehr die Arbeiterschaft an politischem Einfluß gewinnt und ihre sozialen Verhältnisse zu verbessern in der Lage ist.

Pflicht- oder Ersatzkasse.

Die Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich den Kreis der versicherungspflichtigen Personen weiter ausgedehnt. Da die Bestimmungen über die Krankenversicherung mit dem 1. Januar 1914 in Kraft treten, so sind von diesem Zeitpunkt ab alle **land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter,** die **Dienstboten,** die **Hausgewerbetreibenden,** ebenso die **unständig Beschäftigten** der Krankenversicherung unterstellt. Eine einheitliche Kassenform haben wir nicht erhalten, die Zersplitterung im Krankenkassenwesen bleibt also größtenteils bestehen. Als Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung kommen nun in Betracht:

1. die Ortskrankenkassen,
2. die Landkrankenkassen,
3. die Betriebskrankenkassen,
4. die Innungskrankenkassen.

Diese Kassen gelten als die Pflichtkrankenkassen. Daneben können nun auch noch freie Hilfskassen als Ersatzkassen zugelassen werden. Hat schon die bisherige Zwangsversicherung den freien Hilfskassen die Existenz erschwert, so stellt die Reichsversicherungsordnung weitere erschwerende Anforderungen, die von einem Teil dieser Kassen auf die Dauer schwerlich zu erfüllen sein werden. Da bisher eine große Anzahl von Unternehmern mit Vorliebe nur solche Arbeiter beschäftigten, die einer den gesetzlichen Bestimmungen genügenden freien Hilfskasse angehörten, so konnten sich neben den reellen beruflichen freien Hilfskassen auch eine Anzahl sogenannter Schwindelkassen behaupten. Wenn sich der Arbeiter jedoch einer freien Hilfskasse anschließt, dann kann er nicht dringend **genug vor dem Beitritt zu den Schwindelkassen gewarnt werden.** Auf jedem Arbeitersekretariat erhält er auf Wunsch Auskunft, welche Kassen da nicht zu empfehlen sind.

Als eine wichtige Neuerung ist nun hervorzuheben, daß die Mitgliedschaft zu einer Ersatzkasse vom 1. Januar 1914 ab grundsätzlich nicht mehr von der Mitgliedschaft zur Pflichtkasse (Orts-, Land-, Betriebs- oder Innungskasse) befreit. Nach dem § 517 der Reichsversicherungsordnung ruhen für Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind, auf ihren Antrag die eigenen Rechte und Pflichten der Krankenkasse, in die sie gehören, sie haben keinen Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse und sind weder wählbar noch wahlberechtigt. Weiter ist sehr wichtig, daß die Unternehmer die Mitglieder der Ersatzkassen aber der Pflichtkasse zu melden und ihren Beitragsanteil an diese einzuzahlen haben. Da die Unternehmer somit das Beitragsdrittel nicht mehr sparen, werden sie wohl auch keinen Druck mehr auf die Arbeiter ausüben, sich den Hilfskassen anzuschließen. Aber auch die Versicherten werden sich zu überlegen haben, ob sie sich nicht in erster Linie der Pflichtkasse anschließen, da sie zu dieser ja nur zwei Drittel des Beitrages zu zahlen brauchen. Davon, daß die Unternehmer für die Ersatzkassenmitglieder den Beitragsanteil (ein Drittel) an die Pflichtkasse abführen müssen, haben die Versicherten keinen Vorteil. Nur wenn der Mitgliederkreis einer Ersatzkasse überwiegend aus **Bureauangestellten** oder **Zieglern** oder **andern Versicherten** besteht, in deren Beruf ein häufiger Wechsel der Beschäftigung von Ort zu Ort üblich ist, kann unter Umständen diese Ersatzkasse davon Vorteil haben. Der Bundesrat kann nämlich widerruflich anordnen, daß die Pflichtkassen an die Ersatzkassen die bei ihnen für deren Mitglieder von den Unternehmern eingehenden Beitragsteile bis zu vier Fünfteln abzuführen haben.

Will nun ein Versicherungspflichtiger von dem Recht des § 517 R.-V.-O. Gebrauch machen und den Befreiungsantrag stellen, dann hat er diesen Antrag bei Eintritt in die Krankenkasse oder spätestens am zweiten Zahltage darauf beim Kassenvorstande zu stellen; dabei hat er ihm Namen und Sitz der Ersatzkasse mitzuteilen und seine Zugehörigkeit zu ihr nachzuweisen. Auf Antrag einer Ersatzkasse kann der Bundesrat es ihr übertragen, die Anträge statt der Versicherungspflichtigen zu stellen. Den Unternehmern der Versicherungspflichtigen soll die Pflichtkasse nur Auskunft darüber erteilen, ob seine Rechte und Pflichten ruhen, nicht aber, welcher Ersatzkasse er angehört. Ist der Antrag beim Eintritt in die Krankenkasse nicht rechtzeitig gestellt worden, so kann er frühestens für den **Beginn des nächsten Kalendervierteljahres** gestellt werden; es muß mindestens **einen Monat zuvor beim Kassenvorstande geschehen;** ihm ist auch der Beitritt zur Ersatzkasse nachzuweisen. Das gleiche gilt für Mitglieder der Krankenkasse, die erst nach dem Eintritt einer Ersatzkasse beitreten. Nach dem § 19 des jetzigen, nur noch bis zum 31. Dezember 1913 gültigen Krankenversicherungsgesetzes konnte der Austritt aus der Ortskrankenkasse wegen Zugehörigkeit zu einer dem § 75 A.-V.-G. genügenden Hilfskasse nur mit dem Schlusse eines Rechnungsjahres erfolgen. Die jetzige auf einem Beschlusse der Reichstagskommission beruhende Fassung will die Folgen einer nicht rechtzeitigen Antragstellung für den Versicherten zeitig mildern.

An Leistungen sind seitens der Ersatzkassen den Versicherungspflichtigen mindestens die Regelleistungen der Pflichtkasse nach dem Grundlohne zu gewähren, der bei dieser maßgebend ist. Die Pflichtkassen können nun bekanntlich an Stelle der Regelleistungen auch höhere Leistungen gewähren. Da unter den heutigen Teuerungsverhältnissen das Krankengeld nicht hoch genug sein kann, so liegt es nur im eigensten Interesse der Arbeiter, sich zunächst zur Pflichtkasse anmelden zu lassen und daneben dann noch einer reellen freien Hilfskasse bezw. Zuschußkasse sich anzuschließen. Auf alle

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 44. Sonnabend, den 1. November 1913. 17. Jahrgang.

Die Steinindustrie auf der J. B. A. glänzend prämiiert.

Auf der Internationalen Baufach-Ausstellung zu Leipzig sind nun die Prämiierungen der Aussteller bekannt geworden. Die Steinindustrie ist dabei recht reichlich bedacht worden. Es wurden, soweit wir übersehen können, überhaupt alle Aussteller der Steinindustrie ausgezeichnet.

Aus dem soeben erschienenen gedruckten Katalog, den die Ausstellungsleitung herausgab, ziehen wir nun nachstehend alle die prämiierten Firmen heraus, welche mit der Steinindustrie im allgemeinen in einem gewissen Zusammenhang stehen. Wir müssen dabei ebenfalls auf die prämiierten Beton- und Zementbaugeschäfte, Kunststein- und Werkzeugfabrikanten bezug nehmen.

Die höchste Auszeichnung, den sächsischen Staatspreis, erhielten:

Bleichert u. Ko., Leipzig, Drahtseilbahnfabrik und Konstruktionsbureau für Steinbruchanlagen.
Dr. Emperger, Wien, Oberbaurat (für seine Eisenbetonbrücke).
* Hambloch, Dr.-Ing., Aschernach, Trachsteinbruchbesitzer.
Hannoversche Kunstmarmorwerke Fama.
Kell u. Löser, Leipzig, Betonbauwerke.
* Konopischter Granitwerke in Konopischt.
Leipziger Zementindustrie, Dr. Gasparry u. Co.
* Sächsische Serpentinstein-Gesellschaft, Zöblitz (Erzgebirge).
* Steinwerke H. Kulka, Krakau.
Schwenk, E., Zement- und Steinwerke, Ulm (für einen Brunnen aus Kunststein).
* Thüringer Schieferindustrie, Lehesten.
* Verband deutscher Granitwerke, Sitz Karlsruhe.
* Völker u. Nikolaier, Granitwerk, Breslau.
Wolle, R., Zementbaugeschäft, Leipzig.

Außersächsische Staatspreise erhielten:

* Saalburger Marmorwerke G. m. b. H. in Saalburg.
* Vereinigte Fichtelgebirgs-Granit-, Syenit- und Marmorwerke A.-G. in Wunsiedel.
* Hantusch u. Co., Sohland.
Sammelausstellung Bauarbeiterhygiene, Dr. med. Kühn, Leipzig. (Hätte zweifellos den sächsischen Staatspreis verdient. Red. des Steinarbeiters.)

Goldene Medaille der Stadt Leipzig:

* Schall, Nathan, Granitwerkbesitzer, Breslau-Strehlen.
* Stößlein, Plauen, Werkstätte für Friedhofskunst.

Goldene Medaille der Ausstellung:

Allgemeine Hochbaugesellschaft m. b. H., Beton- und Eisenbetonbau, Düsseldorf.
* Schwenk, Marmorwerke, Bad Aibling.
* Bretternitz, O., Schieferbrüche, Rudolstadt.
* Teich, Karl, Travertinwerke, Langensalza.
* Steinmetzinnung, Dresden.
* Eschenbacher Granitwerke, Wien.
* Herzogliche Schieferbrüche, Lehesten.
Kgl. sächs. Straßen- und Wasserbauverwaltung.
Mansfeldsche kupferschieferbauende Gewerkschaft, Eisleben (für die ausgestellten Schlackenpflastersteine).
* Kalksteinbrüche und Zementwerke Toepfer, Grawitz.
* Rother, Gebr., Schieferwerke, Frankfurt a. M.
* Schieferbergbaugesellschaft, Reichenbach (Thüringen).
* Verband Gottaer Steinbruchinhaber.
* Vereinigte Porphyrbrüche, Rochlitz (Sachsen).
* Zschucke, Johann, Grünsteinwerke, Kamenz.

Silberne Medaille der Stadt Leipzig:

Betonbaufirma E. Grün, Pankow.
* C. Vetter (Deutsche Steinwerke), Eltmann a. M.
* Ellrich, Gebr., Pietrasanta (Italien).
Huber, Gebr., Beton- und Eisenbetonbau, Breslau.
* Theumaer Plattenbrüche, A.-G., Theuma im Vogtland.

Silberne Medaille der Ausstellung:

* Bayrische Hartsteinwerke, A.-G., Würzburg.
Beton- und Tiefbaugesellschaft Mast, Berlin.
Zementbaugeschäft Alban Vetterlein, Leipzig.
* Förster, C. F., Pirna (Elbe).

* Die prämiierten Natursteinwerke sind mit einem Sternchen versehen.

Hydrosandsteinwerk Schulze u. Co., Leipzig.
* Israel, Gebr., Mühlsteinfabrikanten, Pirna (Elbe).
Kunststeinwerk Paul Richter, Chemnitz.
* Lititzer Pflastersteinwerke, A. u. O. v. Parish, Skutsch in Böhmen.
* Martini, Gebr., Porphyrbrüche, Grimma.
* Oberdorfer Magnesitwerk in Bruck an der Muhr.
* Reutsch, Grünsteinwerke, Großröhrsdorf.
* Sächsische Steinindustrie, G. Schmidt, G. m. b. H., Pirna.
* Schieferwerke Ausbauer, Probstzella (Thüringen).
* Steingewerkschaft Offenstetten, A.-G., Augsburg.
* Steinindustrie Schachenmühle, Straßburg (Elsaß).
Vereinigte Harzer Kalk- und Zementwerke, Elbingerode.
* Wachter, Ernst, Schieferbruchbesitzer, Oßla (Reuß).
* Wagners Erben, Schieferwerke, Lehesten.
* Wilhelm-Erbstollen-Schieferzeche, Gebr. Purcelli, Caub (Rhein).

Bronzene Medaille:

Gesellschaft für Schlagwerkzeuge in Tempelhof bei Berlin.
* Göbel u. Ko., Werkstätten für Grabmalkunst, Dresden.
* Hartwig, Gustav, Pflastersteinwerk, Beucha bei Leipzig.
* Heidl, Oswald, Steinbildhauer, Rochlitz (Sachsen).
* Internationale Granit-Kompanie, Hamburg.
* Kuhn, Chr., Steinmetzgeschäft, Leupoldsdorf (Fichtelgebirge).
* Kunath, C. G., Granitwerke, Dresden.
Rheinisch-westfälische Sprengstoff-Aktiengesellschaft, Köln.
* Stein, Hermann, Marmorwerk, Dresden.
* Stilbach u. Sohn, Marmorwerk, Dresden.

Ehrenurkunde:

Bartsch, Paul, Striegau, Fabrik für auswechselbare Stockhämmer.
Baur, Ludwig, Betonbaufirma, Stuttgart.
Baumann, Albert, Werkzeugfabrik, Lieferant von Steinmetzgeschirren, Aue (Erzgebirge).
* Bohlner, Gebr., Marmorwerk, Magdeburg.
Geßner, Robert, Kunststeinwerk, Oschatz.
* Grünsteinwerk Rentzschmühle, A.-G., Ruppertsgrün (Vogtland).
* Kaiser-Steinbrüche in Theuma (Vogtland).
* Kalk- und Marmorwerk Böhme in Herold (Erzgebirge).
* Marmorwerk Fürstenberg, Grünhain (Sachsen).
* Marmorwerk Illing, Chemnitz.
Worel, Eisenbetonbau, Zürich.
* Solnhofener Lithographiesteinbrüche, G. m. b. H., Pappenheim.
* Vereinigte Breunsdorfer Dolomitwerke, Dresden.
Zentralverband deutscher Kunststeinfabrikanten, Leipzig.

Wir konstatieren mit Genugtuung, daß die Steinindustrie bei der Preisverteilung sehr gut wegkam. Wie die Konopischter Granitwerke, welche im Besitze des österreichischen Thronfolgers sind, zum sächsischen Staatspreis kamen, ist uns ein Rätsel. Recht bemerkenswert ist ferner, daß die Betonbauindustrie unter den prämiierten Firmen recht zahlreich vertreten ist.

Wir sind der Meinung, daß die Preisrichter im allgemeinen mit den Auszeichnungen nicht gekargt haben. Es sind weit über 1800 Auszeichnungen verliehen worden, mehr Firmen kamen als Aussteller wohl kaum in Frage. — Recht verwunderlich erscheint uns, daß die Saalburger Marmorwerke nicht die höchste Auszeichnung erhielten. Mögen wir als Organisation zu den Firmen stehen wie wir wollen, aber was die Saalburger zeigten, waren einfach ganz hervorragende Leistungen. Was uns besonders auffällt, ist, daß die Beton- und Kunststeinfabrikanten mit den erlangten Auszeichnungen schon eine Art „amerikanischer“ Reklame machen. Diese Herren verstehen das Eisen zu schmieden.

Die Steinindustriellen werden überdies durch die Leipziger Ausstellung gelernt haben, daß sie in Zukunft in geschlossener Weise auftreten müssen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kampfvorbereitungen der Hapag.

Ob es mit dem internationalen Kampf der großen Schiffahrtsgesellschaften wirklich ernst wird, ist nach wie vor zweifelhaft. Aber die Kampfvorbereitungen werden auf allen Seiten getroffen und sie vollziehen sich in ähnlicher Weise, wie wir sie gewöhnlich bei Streitigkeiten um Erneuerung und Neuregelung von Syndikaten und Kartellen beobachten konnten.

Vor allem forderte bekanntlich die Hamburg-Amerika-Linie eine Erhöhung ihrer Poolquote: ihres Kontingentes, wie man sich bei andern Verbänden ausdrücken würde. Zu diesem Zweck weist sie, wie der unzufriedene Grubenbesitzer auf seine überdurchschnittlich vermehrten Schachtanlagen, auf ihren überdurchschnittlich rasch gewachsenen Flottenbestand und auf ihr ungeheueres Bauprogramm hin; andre Konkurrenten seien weit dahinter zurückgeblieben und deshalb sei eine Verschiebung der Anteilsquoten nur gerecht und billig. Aus der jüngsten Erklärung der Verwaltung geht hervor, daß die drei Schiffe der Imperatorklasse (nur eines davon ist bisher in Betrieb genommen) etwa 110 Millionen Mark Baukosten erfordern, und daß dafür noch 85 Millionen Mark zu zahlen sind und sich auch noch weitere 20 Schiffe in Bau befinden; darunter drei ihrer Vollendung entgegengehende Argentinier, die allein schon 30 Millionen Mark beanspruchen. Die Leitung plant deshalb eine Erhöhung des nominellen Aktienkapitals um nicht weniger als 30 Millionen Mark, was unter den gegenwärtig wahrscheinlichen Ausgabebedingungen ungefähr einer Steigerung der Finanzkraft um 22 bis 24 Millionen Mark gleichkommen würde. Das Spiel der Hapag stützt sich also auf zwei Trümpfe: für friedliche Verhandlungen der Hinweis auf die ungeheure Ausweitung der Grundlagen des Transportbetriebs, für wirkliche Kraftproben die gesteigerte finanzielle Liquidität, der Kampffonds.

Börsenverstimmung.

Für die Börse eröffnete der unerwartete Schritt keine erfreulichen Aussichten. Wenn der Frachtenmarkt und Passagierverkehr demnächst gleichfalls unter der Krise stärker leiden sollten, so könnte die selbstbewußte Hapag sehr leicht in die gleiche Bedrängnis hineinsteuern, wie seinerzeit der Norddeutsche Lloyd, der mit den stärksten Neuanschaffungen gerade in die Zeit der schwächsten Beschäftigung hineingeriet; oder Hamburg muß, um diese Gefahr abzuschwächen, erst recht um jeden Preis das Heil in der Erhöhung der Poolsquote, des Kontingents, suchen, und dies heißt wiederum verstärkte Kampfgefahr. Beide Möglichkeiten sind für die Börse und die Banken, die mit den großen Reedereien überaus eng verbunden sind, wenig erbaulich. So fielen denn die Hapagaktien nach der Bekanntgabe der Kapitalserhöhung in kürzester Zeit um nicht weniger als 7 Prozent; aber dieser eine Kurssturz bildete zugleich das Signal zu einer allgemeinen Abflauung der Börsenstimmung, nicht nur für Schiffahrtsaktien, obwohl diese allgemein am meisten litten.

Beginnende Abschwächung in England.

Daß auch im internationalen Verkehr, trotz seiner ganz außerordentlichen Belebung durch die rapid sich entwickelnden jüngeren Erdstriche und durch die Verdichtung und Verbilligung der Transportlinien, der Aufschwung allmählich zum mindesten nachläßt, legen die letzten Erfahrungen Englands nahe. Bis in den Juli hinein hatte hier die Ausfuhrsteigerung, gegen das Vorjahr, rund 20 Prozent betragen. Im August beschränkte sich dieser Zuwachs auf nur 0,75 Prozent. Da spielte der Zufall dabei eine gewisse Rolle, der August wies im laufenden Jahre einen Sonntag mehr auf als im Vorjahre. Der September wiederholt jedoch das ungünstige Bild, obwohl dieser Monat einen Werktag mehr zählt als 1912. Die englische Ausfuhr ist hier zum erstenmal sogar zurückgegangen, und zwar um 1,80 Prozent auf 42 424 684 Pfund Sterling. „Vom Rückgang“, schreibt man der „Frankfurter Zeitung“, „wurde am schärfsten die Eisen- und Stahlindustrie betroffen, die um 11,4 Prozent weniger als im Vorjahr exportierte. Auch die Baumwollindustrie zeigt teilweise recht scharfe Rückgänge. So ist der Baumwollgarnexport um 7,6 Prozent zurückgegangen während Baumwollgewebe genau dieselben Werte zur Ausfuhr lieferten wie im Vorjahre. Von den wichtigen Positionen des englischen Außenhandels zeigt sich charakteristischerweise eigentlich nur für Kohle ein sehr bedeutender Zuwachs um 13,7 Prozent; außerdem wäre noch der Maschinenexport mit einem Plus von 6 Prozent zu nennen“. Aehnlich zeigen die Arbeitslosenziffern seit kurzem auch in England, das hier so lange in günstigem Gegensatz zu Deutschland blieb, eine Verschlimmerung. Nach der eben erschienenen „Labour Gazette“ waren Ende September von 21 801 berichterstattenden Trade Unions mit 942 559 Mitgliedern 2,3 Prozent arbeitslos gegen 2 Prozent Ende August, und gegen immerhin nur 2,1 Prozent im September des Vorjahres. Auch die Statistik der Arbeiterversicherung, die jetzt vom Londoner Handelsamt, nach den Lloyd Georgeschen Reformen, mit herangezogen werden kann, zeigt eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zwischen Ende September und August: um 6,6 Prozent bei allen Versicherten, um 0,7 Prozent bei den Baugewerben, um 1,1 Prozent im Schiffsbau.

Ausfuhrüberschuß in Deutschland.

Daß freilich die bloßen Ausfuhrziffern sehr unzuverlässig sind als Anhalt für den allgemeinen Geschäftsgang, zeigt Deutschland das, gestützt auf sein Schutzzollsystem, seit jeher die Ausfuhr gerade in Krisenzeiten forcierte, um die Ueberfüllung und den Preisdruck auf dem heimischen Markt abzuschwächen. Im Zusammenhang mit noch manchen andern Strömungen hat dies im Monat September zu einem lange nicht gekannten Ergebnis geführt: die Ausfuhr überwog in diesem Monat die Einfuhr, dem Werte nach um 39,7 Millionen Mark (Einfuhr 830,2 Millionen Mark, Ausfuhr

Ueber den Ursprung der Religion und des Gottesglaubens.

III.

Wie erfolgt nun der Uebergang vom Geister- und Ahnenkult zum Naturkult? Auch das ist eine sehr einfache Sache. Schon auf der untersten Stufe der Religion legen die Menschen ihren Geistern die Fähigkeit bei, ihnen zu helfen oder zu schaden. Um die Geister bei guter Laune zu erhalten, gibt man ihnen Speise und Trank. Dafür, so glaubt der Wilde, ist einem der Geist behilflich, etwa ähnlich, wie heute noch der gläubige Christ glaubt, daß ihm sein Gott helfen werde, wenn er seine Gebote erfülle, recht inbrünstig zu ihm bete und ihm recht erhebliche Opfer bringe. Dieser Glaube an die Hilfsmöglichkeit der Geister und Götter findet sich bei den Völkern aller Entwicklungsstufen. Und überall wünscht der Mensch von seinen Geistern und Göttern die Hilfe, die er braucht. Der Krieger will Glück im Kriege, der Seefahrer Schutz auf dem Meere, der Landmann Sonne, Regen und fruchtbare Felder. Jene Völker, die noch nicht ansässig geworden sind, die noch als Nomaden das Land durchstreifen, brauchen noch keinen Gott oder Geist, der für fruchtbare Felder sorgt, und Stämme, die auf Bergen wohnen, brauchen keinen Meergott. Sie brauchen Hilfe im Kriege, auf der Jagd und auf der Wanderung. Und alle ihre Geister und Götter haben die Macht, ihnen ihre Wünsche zu erfüllen; denn der Naturmensch legt seinem Gott alle die Eigenschaften und Kräfte bei, die er selbst gerne haben möchte.

So ist es ganz natürlich, daß die Nomadenvölker noch nirgends bis zu einem rein ausgebildeten Naturvolk gekommen sind. Sie haben ihre Ahnengötter, die nach ihrer Meinung ihr Geschlecht geschaffen, das heißt, erzeugt haben, von denen ihr Geschlecht abstammt, wie das Volk Israel aus Abrahams Schoß, und die ihnen auch die Gesetze für ihr Verhalten, die Gebote, gegeben haben. Zu Naturgöttern werden die Ahnengötter von des Menschen rastlos schaffender Phantasie erst dann allmählich umgewandelt, wenn die ehedem umherstreifenden Horden ansässig geworden sind, wenn sie sich als Ackerbauer von der Natur abhängig fühlen, kurz: wenn der Mensch die große Bedeutung der Naturkräfte für seine ganze Existenz zu fühlen bekommt. Dann bekommt der Gott, der ehedem für Glück im Kriege und auf der Jagd zu sorgen hatte, die Aufgabe, für Wind, Sonnenschein und Regen zu sorgen. „Je stärker,“ sagt Cunow, „sich der Mensch in seiner ganzen Existenz vom Bodenertrag und damit von den Naturgewalten abhängig fühlt, je gewaltsamer und übermächtiger sie in seinen Daseinskampf eingreifen und die erhofften Resultate seiner Arbeit oft in wenigen Minuten spielend vernichten, desto mehr wird es zur Haupttätigkeit der Ahnengottheiten, diese Naturgewalten in einem den Anforderungen ihrer Nachkommenschaft günstigen Sinne zu beherrschen.“ Dieser Prozeß vollzieht sich natürlich nur sehr langsam; die Ahnenqualität der Götter tritt erst im Laufe von Generationen zurück, und so kommt es, daß in vielen Religionen der Naturkult neben dem Ahnenkult besteht, das heißt, daß die Religion ein Gemisch von beiden ist. „Wird dann schließlich durch Eroberungen, Vermischungen mit andern Völkern, Abwanderungen, Kasten- und Ständeschichtungen die alte geschlechterrechtliche Gentilverfassung gebrochen und durch eine politische, nicht mehr auf verwandtschaftlicher, sondern auf ständischer und ortsgemeindlicher Gliederung beruhende politische Verfassung ersetzt, so geht bald der Ahnencharakter der alten Götter vollends verloren: an Stelle des Ahnenkults ist der Naturkult getreten.“

An äußerst interessanten Beispielen weist Cunow diese Entwicklung vom Ahnenkult zum Naturkult nach, so besonders an der Entwicklung der altperuanischen und der indischen Religion. Der Peruaner hatten zur Zeit der Entdeckung Perus durch die Spanier bereits einen gemeinschaftlichen Volksgott, Whirakotschan, der ehedem der Stammesahnengott des in Peru herrschenden Inkastammes gewesen, aber inzwischen zum Nationalgott des ganz Peru umfassenden Inkareichs geworden war. Dieser Gott schützte sein Volk im Kriege, er beschirmte die Felder und Lamaherden und sandte zu des Volkes Wohl Regen und Sonnenschein. Zu diesem Gott beteten die Inkapriester am alljährlichen großen Reinigungsfest folgendermaßen:

Allschöpfer und Allwirker,
Du Urgrund alles Seins,
Allgegenwärt'ger Schöpfer,
Der du ohn' gleichen bist
Bis an der Erde Grenzen,
Mannes- und Weibesschöpfer
Der allen Leben gab,
Beschirm uns allezeit
Und laß gesundheitsvoll
In Frieden, ohn' Gefahr,
Vollenden uns das Leben,
Das du uns hast gegeben.
Du, der in Höhen wohnt,
Im dumpfen Donnergroll'n
Und in des Sturmwinds Wolken,
O hör' und schenke uns
Ein freudenvolles Leben,
Halt uns in deiner Hut
Und nimm das heut'ge Opfer
Huldvoll und gnadvoll auf,
Erhab'ner Schöpfervater.

Und in einem andern, an demselben Fest gesprochenen Gebet heißt es:

Du Allerschaffer, mächt'ger Schöpfer,
Der du das All erhältst und trägst:
Gewähr uns Menschen deine Gunst,
Laß unserer Herden Brut sich mehren,
Schirm unsere Dorfmark, daß gedeihn
In Frieden und in Ruh sie möge
Und uns, die du erschaffen hast,
Die nimm in deine starke Hut,
Du mächt'ger Erdbeseeler!

Neben diesem erdgewaltigen Hauptgott hatten die Peruaner vier Nebengötter, die früher die Götter der vier Phratrien (Geschlechterverbände) gewesen waren, aus denen sich der zur Herrschaft gekommene Inkastamm zusammensetzte. Obwohl auch sie früher alle Ahnengötter und Söhne des Whirakotschan gewesen waren, waren inzwischen drei von ihnen zu Beherrschern und Lenkern bestimmter Naturgewalten geworden, und zwar Inti zum Sonnengott, Apu-Killja zum Mondgott und Tschaski-Illjallapa zum Blitz- und Donnersender. Einer der vier Phratriengötter, Wanaiantu, war noch Ahnenkriegsgott der Inkas. Aber damit war die Zahl der peruanischen Gottheiten noch nicht erschöpft: jeder der von den Inkas unterworfenen Ketschuastämme hatte noch einen eigenen Stammesgott (Whaka), unter denen sich die Peruaner die Urväter der Stämme und der Geschlechterverbände vorstellten. Außerdem hatten die Geschlechter ihre besonderen Geschlechtsgötter und die Familien ihre Haus- und Ahnengötter, die alle wieder von den Stammesgöttern abstammten. Indessen waren zur Zeit der Entdeckung Perus auch diese Götter in den [illegible] des Volkes bereits zu Naturgöttern, zu Feldgottheiten, zu Schützern [illegible] von ihren

880,0 Millionen Mark), während im gleichen Vorjahrsmonat ein [illegible]überschuß von 49,3 Millionen Mark sich ergab. Auf der [illegible] Seite ist die Einfuhr mancher, vor allem mancher verhältnismäßig teueren Waren gegen den September des Vorjahres zurückgegangen: beispielsweise der Textilerzeugnisse, Tonwaren, Bücher, Bilder und Gemälde, des Papiers. Anderseits wuchs der Wert der Ausfuhren (September 1913 und 1912 verglichen) um 17 Millionen Mark bei den land- und forstwirtschaftlichen Produkten, um 12 Millionen Mark bei den Chemikalien, um 8 Millionen Mark bei Mineralien und Kohlen, sogar um 25 Millionen Mark bei den Textilerzeugnissen.

Textilgewerbe.

Man braucht sich nur der Lage in den Textilgewerben zu erinnern, um von der Ueberschätzung dieser bloßen Ausfuhrziffern geheilt zu werden. Ein fachmännisches Urteil geht hier soeben dahin: Die Situation in der Baumwollindustrie sei wenig erfreulich; die alten Orders sicherten zwar für die nächsten Monate noch leidliche Beschäftigung, neue Aufträge blieben jedoch fast ganz aus. Noch wesentlich schlechter stehe die Wollindustrie da. Hier habe man wegen ungenügender Aufträge schon zu größeren Betriebseinschränkungen sowohl in der Kammgarnindustrie wie bei der Streichgarnherstellung übergehen müssen. Am Balkan habe das Geschäft zwar eine leichte Belebung erfahren; „größere Geschäfte scheitern aber daran, daß die Kreditverhältnisse dort keineswegs geklärt sind".

Kohlensyndikat und Preisermäßigung.

Selbst das Kohlensyndikat wird nunmehr doch nicht umhin können, der großen Preisabwärtsbewegung auf dem Eisenmarkte Rechnung zu tragen. Wenigstens in allgemeinen Umrissen wird für den 1. Januar eine Preisherabsetzung für Hochofenkoks und Kokskohlen angekündigt; als voraussichtlicher Betrag der Ermäßigung wird 1 Mk. pro Tonne genannt. Damit würden die Preise erst zu dem Niveau der außerordentlich guten Zeit vom 1. April 1912 bis 31. März des laufenden Jahres zurückkehren; nur die allerletzte Ueberforderung wäre korrigiert, von dem Niveau früherer Stillstandszeiten wären wir noch weit entfernt. Die nachfolgende Zusammenstellung der „Kölnischen Zeitung" zeigt die Kohlenpreisbewegung in den letzten sechs Jahren. Es betrugen die Richtpreise in Mark pro Tonne:

	Kokskohlen	Hochofenkoks I	Gasflammkohlen
1. April 1907 bis 31. März 1909	12.25	18.50	11.75
1. April 1909 bis 30. Sept. 1909	11.—[1]	16.50[1]	11.25
1. Oktbr. 1909 bis 30. Sept. 1910	10.25	15.—	11.25
1. Oktbr. 1910 bis 31. März 1911	11.25	16.50	11.25
1. April 1911 bis 31. März 1912	11.25	16.50	11.—
1. April 1912 bis 31. März 1913	12.25	17.50	11.75
1. April 1913 bis 31. Dezbr. 1913	13.25	18.50	12.50[2]

[1] Bereits ab 1. Januar 1909 gültig. [2] Bis 31. März 1914 gültig.

Die eine Mark Ermäßigung würde also lediglich die Rückkehr zu Preisen bedeuten, die selbst auf der Höhe von 1907 noch als sehr gute angesehen wurden und deren Nichtermäßigung man damals bedauerte, als im Herbst 1907 der allgemeine Rückschlag einsetzte.

Berlin, 25. Oktober 1913. Max Schippel.

Die Arbeitslosenversicherung in der bayrischen Kammer.

Am 22. Oktober befaßte sich der bayrische Landtag mit dem wichtigen Problem der Arbeitslosenversicherung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Timm führte zu diesem Punkt folgendes aus:

„Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist längst spruchreif; sie ist eine der wichtigsten sozialpolitischen Probleme. Daß die herrschende Arbeitslosigkeit außergewöhnlich ist, hat auch der Minister zugegeben. Da sind auch außergewöhnliche Mittel notwendig. Die Antwort des Ministers hat im allgemeinen enttäuscht. Der Minister muß die Höhe der zur Verfügung gestellten Staatsmittel angeben, damit die Gemeinden wissen, wie sie vorgehen können. **Wo eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit herrscht, darf man nicht mit knappen Mitteln vorgehen.** (Sehr richtig! links.) Immerhin — ein Schritt vorwärts ist gemacht, was anerkannt sei. Der Münchner Reichsrat Grieser, ein Zentrumsmann, der die schauerlichen Zustände der Arbeitslosigkeit aus der Armenpflege kennen lernte, sprach sich für die Lösung der Arbeitslosenversicherung im großen Stil aus. Auch von andern objektiven Stellen wird die Höhe der Arbeitslosigkeit anerkannt, z. B. von dem Unternehmer Kommerzienrat Jodlbauer, der den Arbeitern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen bestrebt war, während leider andre sich nicht scheuen, **die unglücklichen Arbeitslosen zu verhöhnen und als Faulenzer und Arbeitsscheue verachten und herunterziehen.** Jodlbauer sagt mit Recht, daß der Staat die Pflicht hat, Ursachen und **Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen**; aber er kommt zu keinen brauchbaren Vorschlägen. Wir verlangen, daß alle zugleich energisch und ausreichend vorgehen, und das ewige Verschieben von einer Instanz zur andern endlich aufhört. Die planmäßige Vergebung und Vorbereitung von Staatsarbeiten ist eine der wichtigsten Maßnahmen, ebenso die ständige Beobachtung des Arbeitsmarktes. Der Redner bespricht nun den Antrag seiner Fraktion und beweist, daß dieser erheblich weiter geht als der Zentrumsantrag. Die ortsansässigen Arbeiter sollen bei der Arbeitsvergebung zuerst berücksichtigt werden; auch darf die herrschende Arbeitslosigkeit nicht etwa zum Lohndruck benutzt werden. Zu verurteilen ist es, daß zurzeit bei zahlreichen Bauarbeiten ausschließlich Italiener beschäftigt werden, während die einheimischen Arbeiter arbeitslos auf der Straße liegen! (Sehr wahr! links.) Die Zahl der Orte, wo ausländische Arbeiter beschäftigt werden, bei Maurer-, Erd- und Ziegelarbeiten usw., beläuft sich nach Dutzenden. Die geforderte Schaffung von Arbeitsgelegenheit reicht nicht aus, **wir verlangen die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung auf breitester Basis. Die Reichsgesetzgebung muß nach unsrer Ansicht eingreifen.** Wir werden dem Zentrumsantrag zustimmen, daß das Reich 50 Prozent der von den Bundesstaaten für Arbeitslosenversicherung aufgewendeten Beträge zurückerstattet, nur hoffen wir, daß dem auch die Zentrumsfraktion des Reichstags zustimmen wird, sonst ginge es auf eine Täuschung der Arbeitslosen hinaus. Wir Sozialdemokraten sind stets bereit, dem Arbeitslosenelend zu steuern. Die Regierung darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

Ich bezweifle, daß es im Sinne des Herrscherwillens gelegen ist, für die Erhöhung der Zivilliste über eine Million zu fordern, dagegen für die Arbeitslosen nur einen geringen Betrag zu geben. Ich hoffe auch, daß das Zentrum mit uns ausreichende Mittel bewilligen wird, sonst gehört es sich, wie einmal gesagt wurde, daß es bei den nächsten Wahlen davongehauen wird. Im Zentrumsantrag wird keine bestimmte Summe gefordert. Ist es trotzdem zulässig, die Regierung ohne zahlenmäßige Begrenzung zu Ausgaben zu ermächtigen? Wir fragen das, weil Herr v. Soden seinerzeit als Reichsratsreferent das Gegenteil erklärte. **Bis jetzt haben sich nur die Arbeiterorganisationen in geradezu ungeheurem Umfang der Arbeitslosen angenommen.** Auch die Schaffung der Arbeitslosenversicherung kann nur im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften erfolgen, die sich verpflichten werden, die Unterstützungen nur für unverschuldet Arbeitslose zu verwenden. Herr Oswald hat gemeint, ich hätte mich in Jena in ungeheuerlicher Weise geäußert. Das kann er nicht aufrechterhalten, denn ich habe in Jena nur Tatsachen festgestellt, **dem Zentrum sein Sündenregister vorgehalten.** Wenn das Zentrum jetzt sich bessern würde, wären wir die ersten, die das anerkennen. Es ist ja charakteristisch, daß die Regierung jetzt schneller vorgeht als das Zentrum! Hätte das Zentrum vor mehreren Jahren an Stelle seines „angemessenen Wohlwollens" mit uns gearbeitet, dann hätten die Arbeitslosen jetzt etwas gehabt. (Sehr wahr! links.) Aber das Zentrum hat unsre Anträge niedergestimmt, ebenso unsern Antrag zugunsten des paritätischen Arbeitsnachweises. Jetzt aber sagt das Zentrum, man könne die Reichsarbeitslosenversicherung noch nicht einführen, weil man keinen paritätischen Arbeitsnachweis habe! Bald sagte das Zentrum, die Gemeinden müßten mit der Versicherung vorgehen, bald der Staat, bald das Reich. Nur soziale Worte, nicht soziale Taten! Und da wundern Sie sich, daß wir Ihnen das vorhalten? Obwohl wir Oppositionspartei sind, sind wir Ihnen gegenüber viel zu anständig. (Große Heiterkeit.) Auf das Ausland braucht man nicht mehr zu warten, denn dieses ist mit der Arbeitslosenversicherung bereits vorangegangen, vor allem England. Die Arbeitslosenversicherung wird die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft nicht beeinträchtigen, auf jeden Fall werden die Bedenken in dieser Richtung bei weitem überschätzt. Es ist höchste Zeit, auch bei uns großzügig vorzugehen. Erinnern Sie sich der erschütternden Schilderung, welche der englische Minister Lloyd George bei Einbringung seiner Arbeitslosenversicherung gab! Der Tag wird kommen, wo wir schaudernd vor den schlimmsten Zuständen stehen, während andre sich im Golde wälzen. Deutschland ist eins der reichsten Länder und könnte mehr tun als geschieht. Sie können doch nicht zusehen, wie die Arbeitslosen in Elend und Hunger umkommen, wie die Kriminalität steigt, Krankheit und Sterblichkeit zunehmen, die armen unschuldigen Kinder leiden. Heraus, ihr Bureaukraten! Schafft eine ausreichende Versicherung! Laßt den sozialen Worten eine soziale Tat folgen." (Lebhafter Beifall.)

Die Staatsregierung will 75 000 Mk. in den Etat einstellen, damit den Gemeinden, welche die Arbeitslosenversicherung einführen, Zuschüsse geleistet werden können. Dieser Vorschlag wurde einstimmig dem Finanzausschuß überwiesen. Das Zentrum mußte nun auch Farbe bekennen und es mag den bäuerlichen Abgeordneten nicht leicht gewesen sein, jenem Vorschlag zuzustimmen.

Auf alle Fälle ist die Sache der Arbeitslosenversicherung durch die bayrischen Landtagsverhandlungen ein schönes Stück vorwärts gekommen.

Die Organisationsverhältnisse im Mayener Bezirk.

Im Mayener Steinbruchbezirk bestehen zurzeit nicht weniger als drei Organisationen. Wie sich dieselben gebildet haben, wird im katholischen Blatt „Der Arbeiter" Nr. 22 in folgender Weise geschildert:

Kurz nachdem die katholische Arbeitgeberorganisation im Bezirk ins Leben getreten war, erschien noch eine andre Organisation auf der Bildfläche, nämlich die frühere neutrale „Steinarbeitervereinigung" für Mayen und Umgegend. Die Gründer dieser Vereinigung mochten eine ganz gute Absicht bei ihren Bestrebungen verfolgt haben, aber es fehlte dieser neuen Organisation jede prinzipielle Grundlage. Bald wurde sie als sozialdemokratisch, bald als nicht sozialdemokratisch bezeichnet. Was diese Lokalvereinigung für Grundsätze verfolgte, konnte bis zum späteren Uebertritt in den Gesamtverband deer christlichen Gewerkschaften nicht genau gesagt werden, aber das eine wußte man, nämlich, daß sie unsrer katholischen Organisationen nicht gut gesinnt war. Die Gegensätze auf beiden Seiten wurden immer schärfer. Die katholisch organisierten Arbeiter wurden als die „Ueberkatholiken" bezeichnet. In Versammlungen, Flugblättern und auf der Arbeitsstätte wurde über die katholisch organisierten Arbeiter hergefahren. Man konnte eher auf eine sozialdemokratische Vereinigung als auf alles andere schließen.

Die Früchte dieser Erziehungsarbeit sollten sich jedoch bald zeigen. Die Leistung dieser Vereinigung sah nämlich ein, daß sie als Lokalorganisation zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sei. Aus diesem Gründe wollte man sich einem großen Verbande anschließen.

Die Frage war aber — wohin?

Ein großer Teil der Mitglieder neigte mehr dem sozialdemokratischen Steinarbeiterverband (Sitz Leipzig) zu, ein andrer Teil den christlichen Gewerkschaften.

Am 1. September 1909 erfolgte der Anschluß an den Christlich-interkonfessionellen Keram- und Steinarbeiterverband Deutschlands Sitz Köln, mit zirka 1000 Mitgliedern aus den Zahlstellen Mayen, Niedermendig, Kottenheim, Obermendin, Eltringen und St. Johann.

Zu den nun im Bezirk Mayen bestehenden zwei Organisationen kam bald auch eine dritte hinzu. **Ein großer Teil der Mitglieder der früheren Steinarbeitervereinigung machte den Uebertritt zu den „Christlichen" nicht mit, sondern gründete in Mayen eine Zahlstelle des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbands, die sich rasch entwickelte. Die christliche Zahlstelle verlor in kurzer Zeit über 200 Mitglieder an den sozialdemokratischen Verband,** während die katholisch organisierten Mitglieder fest zu ihrer Organisation standen.

Aus dieser Darstellung kann entnommen werden, daß sich der „rote" Verband in Mayen gerade zur richtigen Zeit etablierte. Unser Verband hat sich dort eine achtunggebietende Position geschaffen, was den Herren Christen nicht angenehm zu sein scheint. Der Bezirk Mayen ist eine reine Zentrumshochburg, um so erfreulicher sind dort unsre Fortschritte anzuschlagen.

Aus dem Rammelsbacher Pflastersteinbruchgebiet.

Am 18. Oktober wurde der Lehrer Karl Thomas in Rammelsbach (Pfalz) vom Schöffengericht Kusel zu einer Geldstrafe von 12 Mk. oder zwei Tagen Gefängnis verurteilt, weil er den Sonntagsschüler Pfeiffer während des Unterrichts mit einem Metermaß dermaßen mißhandelte, daß dieser 17 Tage lang vollständig arbeitsunfähig war und heute noch Schmerzen verspürt. Die Hauptverhandlung hat ergeben, daß der Angeklagte zu diesem Vorgehen keine Veranlassung hatte. Als Zeuge wurde u. a. vernommen der katholische Dekan und Lokalschulinspektor Weiler in Kusel. Dieser Geistliche behauptete: Die Eltern der Rammelsbacher Jugend (meistens Steinarbeiterfamilien. D. Red.) sind rohe, verwahrloste Leute, sowohl in religiöser wie in sittlicher Beziehung; die Folge hiervon ist, daß die Kinder ebenso geraten und daß daher der Lehrer wiederholt angewiesen wurde, in ausgiebigster Weise von seinem Züchtigungsrechte Gebrauch zu machen.

Hatte er schon vorher den Stab über die Rammelsbacher Bürger gebrochen, so setzte er seinen Ausführungen die Krone auf, indem er weiter bekundete:

„Die Eltern in Rammelsbach trichtern systematisch den Kindern die sozialdemokratische Lehre ein und malen ihnen den Zukunftsstaat vor; dieses Gift nehmen die Kinder auf."

Der Vorsitzende des Gerichts ist aber ein objektiver Richter, ein Richter mit ausgesprochenem sozialen Empfinden, wie es leider nur sehr wenige im Richterstande geben dürfte. Als der Herr Dekan in seinen Ausführungen die politische Betätigung der Rammelsbacher Bevölkerung in so wenig christlicher Art charakterisierte, verbat sich dies der Vorsitzende und ermahnte den Zeugen, bei der Sache zu bleiben. Der Herr Dekan stand ob dieser selbstverständlichen Zurechtweisung momentan wie versteinert da.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende dann aus, daß leider in Rammelsbach Vater und Mutter tagsüber (in die Steinbrüche) arbeiten gehen müssen, daß diese unerfreuliche Tatsache selbstverständlich auf das geistige wie leibliche Wohl ihrer Kinder nachteilig wirken muß. **Aufgabe des Lehrers und Pfarrers als Erzieher sei es deshalb, diesen Nachteil zu erkennen, was offenbar der Angeklagte nicht kann, sonst würde er heute nicht zum zweitenmal wegen Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes vor den Gerichtsschranken stehen.**

Das sind goldene Worte eines weisen Richters, die von den lieblosen Behauptungen des Zeugen Weiler um so mehr abstechen, da dieser als Geistlicher ein Vertreter der Religion der Nächstenliebe ist. Den Rammelsbacher Bürgern aber ist zu raten, daß sie dem Herrn Dekan Weiler auf die ungeheuerlichen Beleidigungen die Antwort nicht schuldig bleiben.

Moralgrundsätze für christliche Schriftsteller.

Zum Leiter der in Rom erscheinenden Jesuitenzeitschrift Civilta cattolica ist vor kurzem auf Veranlassung des Papstes der Jesuitenpater Joseph Chiaudano berufen worden. Dieser Pater ist bekannt geworden durch sein Buch Der katholische Journalismus, das sehr merkwürdige Anweisungen für die klerikale Presse enthält. Die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz" teilt daraus folgende interessante Lehren über die Behandlung „schlechter" Autoren und einiges andere mit:

Gute Eigenschaften eines schlechten Autors darf man zwar nicht abstreiten, aber man darf sie totschweigen. Die schlechten Schriftsteller haben kein Recht, daß man ihre guten Seiten lobt (S. 32). — Man soll, statt einzelne Teile zu loben, ein Gesamturteil abgeben, das bei einem solchen Schriftsteller nur eine Verurteilung sein kann (S. 33, 34), oder man betone nur die schlechte Seite, damit keiner das Buch zu lesen wagt. (S. 35.) — Man verschaffe den Verfassern ja keine Ehre und kein Ansehen bei den Lesern. (S. 36.) Das Schlechte ist bei solchen Schriftstellern im Vergleich zum Guten dermaßen groß, daß letzteres gleich null ist. (S. 37.)

In der Chronik der Verbrechen sei die katholische Zeitung vorsichtig. (S. 50.)

Disziplin ist notwendig auch in politischen Fragen. Eine politische Frage kann wegen ihrer moralischen Seite von der geistlichen Behörde abhängen. Was von der geistlichen Behörde zu entscheiden ist, darüber befindet sie allein. (S. 80.)

Sektierer darf man immer allgemein angreifen. (S. 84.) Irrende (Ketzer) soll man zwar vom Irrtum unterscheiden, aber es ist unmöglich, Irrtum zu bekämpfen, ohne daß dessen Bosheit, Lächerlichkeit usw. auf den Irrenden (Ketzer) fällt. Das ist seine Schuld. (S. 91.)

Gegenüber arroganten Gegnern der Kirche ist jede Beschimpfung erlaubt, wenn zweckentsprechend. (S. 92.) Der heilige Franz von Sales sagt: Die offenen Feinde der Kirche muß man verschreien (diffamare), soweit man kann . . . ., damit sie ihr Ansehen verlieren. (S. 93.)

Da das Buch des Paters Chiaudano vom Papst, dem das Manuskript vorgelegen hat, ausdrücklich gebilligt und vom Kardinal Merry del Val in einem langen Brief vom 23. März 1910 gelobt worden ist, darf man annehmen, daß die darin enthaltenen Lehren das Ideal der klerikalen Presse darstellen.

Wir kennen z. B. schwarze Wurstblättchen, die ganz in diesem „idealen" Sinne geleitet werden. Getreu dem schwarzen Grundsatz, lügen sie drauflos, etwas wird schon hängen bleiben, lügen sie, daß sich die Balken biegen.

Kollegen! Seid unausgesetzt tätig für Eure Organisation!

Stämmen und Geschlechtern besiedelten Marken geworden. Und zweifellos wie die ganze peruanische Religion, so war auch der religiöse Kult, der einesteils in der Anbetung der Sonne, andernteils aber in der Bundes- und Blutsverwandtschaft mit den Ahnengöttern bestand, denen man alljährlich selbst noch das Blut von geschlachteten Kindern darbot, ein Kultgebrauch, der in uralten Zeiten auch bei den Vorvätern göttliches Gebot war, der aber schon vor Moses Zeiten durch Tieropfer abgelöst wurde, wie die Erzählung im zweiten Buch Moses, Kapitel 13, Vers 2 und 12 bis 13, beweist. Nur „was Gott verbannet ist" (das heißt, der Mensch, der Gott versprochen ist), soll nach dem dritten Buche Mose, Kapitel 27, Vers 28 und 29, auch später noch nicht ausgelöst, sondern getötet werden.

[illegible] als die Schilderung, die Cunow von der Entstehung der altperuanischen Religion gibt, ist seine Darstellung, wie Indra vom [illegible] Stammesgott des arischen [illegible]stammes zum Nationalgott der Inder geworden ist, nachdem mit den Ariern und den dravidischen Stämmen auch deren große und kleine Götter [illegible] waren; wie sich dann später, als die [illegible] Stämme ansässig geworden und zu Ackerbau und [illegible] übergegangen waren, der ehemalige Stammesgott zum Naturgott entwickelte, der in den Gesängen des [illegible] als [illegible] Sonnengott wiederkehrt. Gerade an [illegible] kann man am deutlichsten beobachten, wie [illegible] nach seinem eigenen Bilde ge[illegible] alle [illegible] Eigenschaften, [illegible]. Sobald nämlich aus [illegible] Bauernvolk geworden ist, [illegible] auch der [illegible] Indras. Was soll das [illegible] im tiefsten Frieden lebende Bauernvolk auch mit einem Kriegsgott? Indra, der einst als brüllender [illegible] den Kriegern voranging, wird zum milden, gemütlichen [illegible], der nach den Liedern des Rigveda ebenso säuft, wie die wohlhabenden indischen Bauern saufen und der gelegentlich in total [illegible] Zustand die ganze Welt [illegible] oder zerschmettern [illegible]. [illegible] spender und milden, volkstümlichen Sonnengott, und jede dieser seiner Wandlungen wird hervorgerufen durch eine neue wirtschaftliche Entwicklungsphase seiner Verehrer: eine Bestätigung des Feuerbachschen Satzes, daß jedes Volk auf seine Götter seine eigene Wesenheit überträgt." In diesen Worten Cunows liegt ein zweiter Grundgedanke seines ganzen Buches.

Drahtseilbahnstützen aus Beton und Eisenbeton.

Früher wurden die Stützen für Tragseile von Drahtseilbahnen aus Holz oder Eisen hergestellt. Holzstützen grub man in die Erde ein, oder setzte sie ebenso wie die Eisenstützen auf Fundamente in Mauerwerk oder Beton. Gelegentlich war die Aufgabe gestellt, heiße Asche und Schlacken von den Tragseilen der Drahtseilbahn aus auf Halde zu stürzen, wobei die Stützen mit eingeschüttet wurden. Da hierbei die Gefahr bestand, daß große Teile der Halde in Glut geraten konnten, genügten weder Holz- noch Eisenstützen. In andern Fällen suchte man nach Mitteln, um den Druck des Haldenauites von den Stützen fernzuhalten. Man mauerte dann die Stützen aus Ziegelsteinen auf oder stampfte Betonsäulen gewissermaßen als erhöhte Fundamente, auf die nur kurze eiserne Tragköpfe aufgesetzt wurden. Neuerdings sind in verschiedenen Fällen für Zementfabriken auch eigentliche Eisenbetonstützen ausgeführt, die die Seile auf Querbalken tragen. Auf den ersten Blick scheinen viele Vorteile zugunsten der Eisenbetonstütze zu sprechen, namentlich die einfache elegante Form und der Umstand, daß eine Rostgefahr nicht vorhanden ist. Es zeigt sich aber, daß diese Stützen nur dort den Wettstreit mit der Eisen- oder Holzstütze aufnehmen können, wo alle Baustoffe bequem zur Hand sind, wie dies bei Zementfabriken der Fall zu sein pflegt, und wo man mehrere Stützen an einem Bauplatz aus denselben Formen herstellen kann. Die Strecke muß dabei bequem zugänglich sein, um die Stützen nach der Vollendung im ganzen an Ort und Stelle bringen zu können. Wo diese Bedingungen nicht vorliegen, und das ist die große Mehrzahl der Fälle, zeigt die Rechnung, daß Betonstützen viel teurer als Eisenstützen werden. Daher wird die Betonstütze auch für die Zukunft nur eine vereinzelte Erscheinung bleiben, die dort zur Anwendung gelangen kann, wo die Verhältnisse zu ihrer Anfertigung und Aufstellung außergewöhnlich günstig sind.

Fälle muß aber jetzt die Losung sein: **„Heraus aus den Schwindelkassen!"** Da die Kündigungsfrist bei diesen Kassen meistens eine sechswöchige ist, so reiche man dieselbe umgehend ein, damit die Mitgliedschaft mit dem 31. Dezember d. J. erlischt. Dieser Hinweis gilt insbesondere für die Hausgewerbetreibenden und die unständig Beschäftigten, unter denen sich eine überaus große Anzahl befindet, die sogenannten Schwindelkassen angehören.

Was nun die **Mitgliedschaft bei den Krankenkassen** anbetrifft, so beginnt dieselbe für **Versicherungspflichtige** mit **dem Tag des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung.** Für die **unständig Beschäftigten** und die **Hausgewerbetreibenden** dagegen beginnt die Mitgliedschaft erst mit der **Eintragung in das Mitgliederverzeichnis.** Zur Eintragung haben sich diese Personen selbst zu melden. Die Unständigen müssen dann auch noch ihre Beitragsteile selbst einzahlen. Während für die übrigen Versicherten die Leistungen nach einem von der Kasse festzusetzenden Grundlohn bemessen werden, der bis zu 6 Mk. betragen kann, richten sich für die Unständigen die Leistungen nach der Höhe des Ortslohns. Die Unständigen gehören in die Ortskrankenkassen, die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten neben den Dienstboten (auch den städtischen) und den im Wandergewerbe Beschäftigten in den Bezirken, wo neben der Ortskasse noch eine Landkrankenkasse errichtet worden ist, in diese Kasse. Die Landkrankenkassen setzen aber die Leistungen in der Regel auch nur nach dem Ortslohn fest. Somit gelten leider keine einheitlichen Bestimmungen für alle Versicherten und aus diesem Grunde mit ist die Doppelversicherung wohl zu erwägen.

Korrespondenzen.

Chemnitz. Freitag, den 24. Oktober, fand unsre Generalversammlung in der Arbeiterbörse statt. Durch die Vervielfältigung des vorliegenden Jahresberichts ist jedem einzelnen eine besonders klare Einsicht in die örtlichen Verhältnisse ermöglicht. Leider ist darüber zu berichten, daß das Bild ein wenig erfreuliches ist: die Mitgliederzahl ist um ca. 20 Proz. zurückgegangen (infolge Arbeitslosigkeit); aber auch die finanziellen Verhältnisse haben dasselbe Resultat aufzuweisen. Da unser bisheriger Kassierer und erster Vorsitzender Bruno Reichold, dem wir im Namen der hiesigen Zahlstelle für seine langjährigen Verdienste den innigsten Dank aussprechen, die Geschäfte der örtlichen Verwaltung nicht mehr führen will, so machte sich eine Neuwahl notwendig. Dem Kollegen Arno Köhler wurden diese ehrenvollen Aemter übertragen. Kollege Paul Langer wurde als 2. Vorsitzender und stellvertretender Kassierer gewählt. Als Revisoren fungieren demnächst: Ludwig Scheibe und Max Richter. Als Tarifvertreter wurde Kollege Ernst Metz wiedergewählt. Auch für die Marmorbranche machte sich die Wahl eines Obmannes notwendig; Kollege Kobs, Marmorsteinmetz, wurde vorgeschlagen und auch gewählt. In Anbetracht der noch mißlichen und krassen Zustände in den hiesigen Grabsteingeschäften wird beschlossen, auch dort eine intensive Agitation einzuleiten. Zum Schluß wurde einem Kollegen infolge seiner langen Krankheit die übliche Unterstützung von 30 Mark gewährt.

Cunewalde (Lausitz). Am 19. Oktober fand in Schönbachs Restaurant eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Jahn referierte in vorzüglicher Weise über die neue Reichsversicherungsordnung. Dann gab der Vorsitzende die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt. Die Gesamteinnahme betrug 1739.96 Mk., der eine Ausgabe von 691.45 Mk. gegenüberstand, mithin blieb ein Kassenbestand von 1048.51 Mk. Krankengeld wurde im vorigen Quartale in Höhe von 121.50 Mk. ausbezahlt. Bücher und Kasse sind von den Revisoren für gut befunden worden. Zu Punkt 3: Antrag von voriger Versammlung betr. Lokalzuschlag von 5 Pfg., machte Kollege Jahn den Vorschlag, den Antrag bis zum nächsten Verbandstage zu vertagen, was auch einstimmig beschlossen wurde. Unter Verschiedenes verlas der Vorsitzende die Beitragsrestanten. August Peschel, Max Kaulfuß, Heinrich Paulischke, Emil Neumann und Gustav Gruhl wurden wegen rückständiger Beiträge nach dem Verbandsstatut gestrichen. Ferner entspann sich eine lebhafte Debatte über Tarifangelegenheiten, August Maukisch stellte den Antrag, daß auch von unsrer Zahlstelle zwei Delegierte zur Konferenz bei Tarifverhandlungen in Bischofswerda mit teilnehmen sollen, dazu wurde der Vorsitzende Karl Wagner und Kollege Hermann Eifolt gewählt.

Dürr-Arnsdorf. Am 24. Oktober tagte im Waldfrieden eine gut besuchte Versammlung. Gauleiter Steininger referierte über die Internationale Baufach-Ausstellung in Leipzig. Der Kassierer gab den Kassenbericht bekannt, welcher für richtig befunden wurde. Im Punkt Verschiedenes machte der Vorsitzende auf die Bestimmungen des Statuts bei Unterstützungen aufmerksam. Ferner kamen die ständigen Streitigkeiten betreffs Zulage bei schlechtem Felsen zur Erörterung, welche bei der Firma Sommer immer zu verzeichnen sind. Auch versucht dieselbe den Tarif zu umgehen. Steininger gab dann noch eingehende Anweisung über die Wahlen zur Krankenkasse. Mit der Aufforderung, zur Agitation für den Verband und die Arbeiterpresse wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Ebelsbach. Am 10. Oktober fand in Zeil eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft wurde. Dem Kassierer wurde für seine tadellose Buchführung der Dank ausgesprochen. In Punkt 2 führte Genosse Rupprecht den Anwesenden das Steigen und Fallen der Konjunktur und welche Folgen für die Arbeiterschaft dadurch entstehen, klar vor Augen. Hauptsächlich kam Redner auf die Vorgänge, welche sich zurzeit auf dem Baumarkt abspielen, zu sprechen. Gerade die Steinmetzen sind durch das Darniederliegen des Baugewerbes am meisten davon betroffen. Nur durch eine straffe Organisation könne dem Sinken der Löhne entgegengetreten werden. In seinen weiteren Ausführungen kam der Redner auf den Bauarbeiterverband zu sprechen, welcher jedenfalls auch die Arbeitslosenunterstützung nächstes Jahr zur Einführung bringt. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 19. Oktober im Saale des Roten Roß in Zeil stattgefundene Steinarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Genossen Rupprecht-Würzburg einverstanden. Die Versammelten verpflichten sich, im Sinne der endgültigen Einführung der Arbeitslosenfürsorge durch den Staat tätig zu sein." Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil für seine vortrefflichen Ausführungen. Im Punkte Verschiedenes wurde die schlechte Bezahlung gerügt, denn der „Winterfahrplan" ist von den Unternehmern wieder in Kraft gesetzt worden. Wahrscheinlich meinen die Herren, im Winter wird der Magen des Steinarbeiters kleiner und braucht nicht so viel. Dann wurde ein Artikel aus den „Bamberger Neuesten Nachrichten" verlesen, welcher jedenfalls etwas zur Reklame dienen soll für die Firma Deutsche Steinwerke, Eltmann.

Faulbach am Main. Unsre Versammlung am 18. Oktober war nicht schlecht besucht. An Stelle des verdienstvollen Vorsitzenden Kollegen Leo Fleckenstein wurde Kollege Joseph Fleckenstein gewählt. — Wir sagen an dieser Stelle dem bisherigen Vorsitzenden für sein ersprießliches Wirken dem Verband gegenüber den herzlichsten Dank. — Wie die rote Sandsteinindustrie zurückgeht, sei an einigen Ziffern gekennzeichnet. Vor einigen Jahren noch waren hier 110—120 Steinmetzen beschäftigt, jetzt sind es kaum noch 30. Die Kollegen mußten suchen, im Muschelkalkgebiet unterzukommen. Im Sandstein sind die Löhne schlecht, aber trotzdem konnte diese Industrie nicht gehalten werden. — Die Steinmetzmeister wollen jetzt nicht einmal den sogenannten Kilometertarif einhalten. Hoffentlich dringen aber die Meister mit ihrem Vorhaben nicht durch.

Halle a. S. Am 20. Oktober fand unsre Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt, welche von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden wurde. Von einem Werkplatz wurde der einseitige Versammlungsbericht betreffs des Ueberstundenmachens kritisiert. Zur Klarstellung muß es heißen: daß auf sämtlichen Werkplätzen Ueberstunden gemacht worden sind und zu einer Zeit, wo Hunderte von Kollegen auf der Landstraße lagen. Ferner wurde beschlossen, daß nur diejenigen Kollegen Anspruch auf den Lokalkrankenzuschuß haben, die 75 Prozent der Jahresversammlungen besuchen. Auch gab es noch eine Debatte über die säumigen Beitragszahler, gegen welche in Zukunft energischer verfahren werden soll. Eine Ausrede gibt es nicht, es ist jedem Kollegen durch unsern Hauskassierer Gelegenheit gegeben, seine Beiträge pünktlich zu zahlen. Zum Schluß wurden die Kollegen noch aufgefordert, sich an der Agitation und Wahl der Stadtverordneten recht lebhaft zu beteiligen.

Häslicht (Schlesien). Am 18. Oktober fand im Saale des Herrn Trautmann eine Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Die gesamte Einnahme betrug 7731.82 Mk., die gesamte Ausgabe 3313.71 Mk., bleibt ein Bestand fürs nächste Quartal von 4418.11 Mk. Die Gesamteinnahme der Krankenzuschußkasse betrug 2371.53 Mk., die Ausgabe 551 Mk., bleibt Bestand 1830.53 Mark. Alsdann hielt Kollege Steininger einen Vortrag über das Thema: Ist die Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbewegung?, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Mit der Entwicklung des Verbands können wir hier sehr zufrieden sein. Der Tarif hat sich nun auch eingelebt, allerdings sucht man da und dort die Positionen recht eigenartig auszulegen. Es sei konstatiert, daß sich unser Bauverein auch sehr gut entwickelt hat. Die Wohnungen sind alle vermietet und damit ist eine Sicherung vorhanden.

Hauswalde. Am 18. Oktober fand unsre Versammlung in Obersteina statt. Der Besuch derselben konnte besser sein. Zum ersten Punkt der Tagsordnung erhielt der Kassierer das Wort. Er gab die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Die Gesamteinnahme betrug 726.76 Mk., die Gesamtausgabe 358.79 Mk. Da gegen die Abrechnung nichts einzuwenden war, wurde der Kassierer entlastet. Den Kartellbericht erstattete der Vorsitzende. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz nach Bischofswerda wurden die Kollegen Friedrich Hanisch, Erwin Nasch, Alfred Philipp, Erwin Haase und Hermann Kühne gewählt. Unter Verschiedenem wurden noch einige Zahlstellenangelegenheiten besprochen.

Herford i. Westf. Am 26. Oktober fand im Gewerkschaftshause in Herford eine Bezirksversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, die ehemaligen Zahlstellen Bielefeld und Leopoldstal, sowie die Orte Lemso, Orlinghausen und Umgegend der Zahlstelle Herford anzuschließen. Die Einzelzahler in fraglichen Orten sollen von Leipzig nach Herford verwiesen werden. Die Reiseunterstützung soll nicht mehr in Bielefeld ausgezahlt werden, sondern in Herford. Als Bezirksleiter wurde Rudolf Langguth gewählt. Um mit den auswärtigen Kollegen mehr Fühlung zu haben, wurde beschlossen, abwechselnd in allen Orten Versammlungen abzuhalten. Die nächste Versammlung soll am 16. November in Lage in Lippe stattfinden.

Mittelsteine. Am 15. Oktober tagte in der Villa Nova eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Zum 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Dieselbe ergab eine Einnahme von 749.90 Mk. inkl. Bestand vom vorigen Quartal und eine Ausgabe von 364.95 Mk. Bleibt Bestand 384.65 Mk. Die Kasse wurde von den Revisoren geprüft und in Ordnung gefunden. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der 2. Punkt Lokalfrage, wurde dahin erledigt, daß uns Frau Brauner versprach, uns ihr Lokal auch fernerhin zu gewerkschaftlichen sowie zu politischen Versammlungen zur Verfügung zu stellen, wenn sie von den Kollegen unterstützt wird. Im 3. Punkt wurde beschlossen, ein Herbstvergnügen zu veranstalten. Es wurde eine Kommission gewählt, die das Nötige vorbereitet. Im Punkt Verschiedenes wurde die Einstellerei bei der Firma Schilling kritisiert. Die Einstellerei ist überhaupt ein wunder Punkt nicht nur in Mittelsteine, sondern in der ganzen Heuscheuer. Es ist schon öfter von den Kollegen Klage darüber geführt worden, es hat aber noch nicht viel genützt. Es herrschen noch viele andre Mißstände in der Heuscheuer und dieselben werden wohl nächstens einmal näher im „Steinarbeiter" beleuchtet werden. Rosig sind die Verhältnisse in der Heuscheuer nicht zu nennen, und die Kollegen, welche hier zureisen, werden gut tun, sich vorher, ehe sie um Arbeit anfragen, beim Vorsitzenden zu melden.

Oberwesel (Rhein). Hier besteht ein Steinmetzgeschäft der Firma Anton Weiler. Da Arbeiten für eine Kirche auszuführen sind, hat Herr Weiler Steinmetzen nötig. Einige organisierte Kollegen wurden eingestellt. Herr Weiler gibt sich nun den neu eingestellten Kollegen gegenüber als Biedermann zu erkennen, der nur ihr Bestes wolle, aber es seien Aufhetzer und Aufwiegler unter seinen Leuten, da solle sich der Geselle vor in acht nehmen. Falls er willig und fleißig sei, dann sei für ihn für Winterarbeit gesorgt. Fängt ein andrer Kollege an, dann ist die Litanei von neuem fällig. Vor einigen Tagen kam ein organisierter Kollege zugereist, Herr Weiler war geneigt ihn einzustellen und bot ihm den horrenden Stundenlohn von 38 Pfg. Dankend lehnte der Kollege die Zumutung ab, für den Preis zu wuchten. Als er die andern Kollegen begrüßen wollte, da setzte es ein Donnerwetter ab, die andern organisierten Kollegen verbaten sich eine solche Behandlung. Das schlug nun dem Faß den Boden aus. Herr Weiler fühlte sich als der starke Mann, besonders wohl auch um deswegen, weil sein Eheweib mit noch einigen Frauen sich lebhaft an den Auseinandersetzungen beteiligten. Die Kollegen hatten nun genug von dem Eldorado des Herrn Weiler und kündigten das Arbeitsverhältnis. Falls Kollegen in Deutschland vorhanden sind, die für wenig Lohn recht kräftig wuchten wollen, und wenig Galle im Leibe haben, sei die Firma Weiler recht angelegentlich zur Arbeitsannahme empfohlen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Steinmetz Karl Hindermann, geb. am 23. August 1883 in Colmar (Elsaß), ist wegen Verbandsschädigung in der Zahlstelle Colmar aus dem Verband ausgeschlossen.

In Zwingenberg wurde der Steinarbeiter Georg Klein (Verb.-Nr. 43179) wegen Streikbruchs ausgeschlossen.

Der Steinmetz Paul Giesler, geb. am 28. März 1886 in Klettbach, ist nach § 3 Abs. 5b des Statuts in Jena aus dem Verband ausgeschlossen worden.

Steinausschreibungen.

Nachstehende Ausschreibungen sind uns bekannt geworden:

Tiefbauamt in Leipzig. Lieferung von 15000 Kubikmeter Klarschlag (Handschlag). Es kommen nur Leipziger Unternehmer in Betracht.

Kgl. Eisenbahndirektion in Erfurt. Lieferung von a) 128500 Kubikmeter Steinschlag 1. Klasse sowie b) 122200 Kubikmeer Kies und Steinschlag 2. Klasse.

Kgl. Eisenbahnbetriebsamt 5 in Magdeburg. Lieferung von 1900 Quadratmeter Kopfpflastersteinen 1. Sorte.

Stadtbauamt in Neumünster. Lieferung von 3600 Quadratmeter Granitreihensteinen und 2000 lf. Meter Granitbordsteinen.

Kgl. Bauamt für Hochwasserschutz in Breslau. Lieferung der Schüttsteine für den Flutkanal Barthein-Wilhelmsruh-Hundsfelder Brücke in drei Losen, und zwar: Los 1, rund 16000 Kubikmeter Granit, Gneis oder Kalkstein. Los 2, rund 29500 Kubikmeter Granit oder Gneis. Los 3, rund 33000 Kubikmeter Kalkstein.

Rat der Stadt Leipzig. Lieferung von Granitplatten, Granitschwellen und Straßeneinlaufzungensteinen an mehrere Unternehmer.

Kgl. Eisenbahndirektion in Breslau. 890000 Tonnen Steinschlag und 39559 Tonnen Steingrus für Gleisbettung in den Bezirken der Eisenbahndirektionen Breslau, Kattowitz und Posen.

Schultheißenamt in Nellingen a. F. bei Eßlingen. Lieferung von 7000 Stück Marksteinen.

Stadtbauamt in Bochum. Steinmetzarbeiten usw. für den Neu- bezw. Umbau des Kinder-Erholungsheims in Westherbede.

Eisenbahnbauinspektion in Ludwigsburg. Für die Bahn- und Straßenunterhaltung im Jahr 1914: 2. Kleingeschläg aus Muschelkalk: 4100 Kubikmeter Bahnschotter, 460 Kubikmeter Straßenschotter, 90 Kubikmeter Feinschotter, 86 Kubikmeter Grus; 3. Kleingeschläg aus Porphyr: 70 Tonnen Bahnschotter, 285 Tonnen Straßenschotter, 25 Tonnen Flickschotter, 120 Tonnen Feinschotter, 100 Tonnen Sand.

Architekten Prof. P. Schmohl und Baurat G. Staehelin in Stuttgart. Haustein- und Kunststeinlieferung für die Kgl. Maschinenbauschule in Eßlingen.

Rundschau.

Lichtbildervorträge betreffend. Wie aus dem Anzeigenteil hervorgeht, finden im Gaubezirk Regensburg eine größere Anzahl Lichtbildervorträge statt. In Saalburg, Poppengrün und einigen andern Zahlstellen haben vergangene Woche solche Vorträge bereits stattgefunden, die einen überaus zahlreichen Besuch aufwiesen. Was besonders auffiel, war, daß sich ebenfalls viele Nichtorganisierte einfanden, wobei der Effekt war, daß dabei ein Teil neuer Mitglieder für den Verband gewonnen werden konnte. Auch die Frauen vieler Kollegen bemühen sich in diese Versammlungen und verfolgen mit großem Interesse den Vortrag sowie die Lichtbilder. — Bemerkt sei, daß seinerzeit im Mayener Steinbruchgebiet die christlichen Mitglieder aufmerksam gemacht wurden, den Vortrag nicht zu besuchen. Ein solches Vorgehen ist sehr bezeichnend. Wir hoffen, daß im 10. Gau **die Ortsverwaltungen in umfassender Weise für einen guten Besuch der Lichtbildervorträge Sorge tragen werden.** Die Lichtbilderserie enthält auch einige interessante Abbildungen, die auf die Internationale Baufachausstellung zu Leipzig Bezug nehmen.

Eine Bibliothek für 5 Millionen Bände. In Leipzig ist am 19. Oktober der Grundstein für die Deutsche Bücherei gelegt worden, die vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler ins Leben gerufen ist und der die Aufgabe zufällt, alle seit dem 1. Januar 1913 erschienenen und in Zukunft erscheinenden Bücher des In- und Auslandes zu sammeln und nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu katalogisieren. Man nimmt an, daß die dem Gebäude gegebenen Dimensionen für einen Zeitraum von 100 Jahren ausreichen werden. Der Bauplatz liegt im Osten der Stadt, an der neuen Karl-Siegismund-Straße, unweit des Völkerschlachtdenkmals und in der Nähe des Buchhändlerviertels. Den Bauplatz hat die Stadt Leipzig zur Verfügung gestellt. Hier wird die neue Bücherstadt erstehen, für die zunächst 3 Millionen Mark aus den Mitteln des sächsischen Staats bewilligt wurden. Der Wert des Bauplatzes wird auf 500000 Mk. geschätzt. Zur Deckung der laufenden Kosten für Verwaltung und Bücherkauf haben sich der sächsische Staat und die Stadt Leipzig verpflichtet, jährlich 85000 bezw. 115000 Mk. zu zahlen. Der Bau des Bibliothekgebäudes ist von der sächsischen Regierung dem Geheimrat Dr. Waldow in Leipzig übertragen. Es ist anzunehmen, daß an diesem mächtigen Bau Naturstein in hinlänglicher Weise zur Verwendung kommen wird.

Der Verband westdeutscher Hartsteinindustriellen tritt im „Steinbruch" für die Schaffung eines großen Verbands in der Steinindustrie ein. Die Vorbereitungen für einen Zusammenschluß sollen sofort begonnen werden.

„Weitblickende" Berliner Baumeister. Daß in Berlin Häuser, die kaum ein Dutzend Jahre alt sind, irgendeinem Warenhaus, einem Industrie- oder Bankpalast weichen müssen, ist eine alltägliche Erscheinung. Daß man aber einen Neubau, der noch gar nicht einmal bezogen ist, wieder abbricht, das kommt auch in der Reichshauptstadt nur selten vor. Die Preußische Zentralbodenkredit-Aktiengesellschaft hat den Neubau Unter den Linden 48—49 erworben, der nach der Mittelstraße 53—54 durchgeht. Nach einer Meldung der Tagespresse sollten nun die gesamten neuen Baulichkeiten auf diesem Grund und Boden fallen. Diese Mitteilung ist allerdings nicht zutreffend. Der größere Teil, nämlich Mittelstraße 53—54 sowie die Seitenflügel und Quergebäude, also drei Viertel des Gesamtbaus, werden stehen bleiben, der andre Teil wird aber abgerissen. Die Maurerarbeiten führt die Firma Bosman u. Knauer G. m. b. H., die Steinmetzarbeiten die Firma Gebr. Zeidler aus. Oktober 1914 ist die Fertigstellung zu erwarten.

Ohnmacht gebiert Neid. In einer Wochenschrift finden wir über das Finanzgebaren der freien Gewerkschaften folgende Notiz:

> 535476616 Mk. haben die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern von 1890 bis 1912 an Beiträgen abgenommen. In den Jahren 1900 bis 1912 ist der Betrag über 503 Millionen Mark. Die Einnahmen für 1912 belaufen sich auf 80233575 Mk. Das Geld zusammenzuscharren verstehen die Genossen. Wenn man bedenkt, daß des alles Arbeitergroschen sind, die da zusammenkommen, dann kann man auf allerlei Gedanken kommen. Zum mindesten sind die zahlenden Genossen zu bedauern.

Hat diese Notiz in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" gestanden oder etwa in der „Post", oder in einem gelben Werkvereinsorgan? O nein, wir finden sie in der Nr. 42 des bekannten Organs der Behrens-Mumm-Gruppe: „Die Arbeit". Behrens ist Führer der christlichen Gewerkschaften, Mumm ihr protestantisch geistlicher Schildhalter. Beide kennen den Verwendungszweck der Gewerkschaftsbeiträge sehr genau, und sie wissen auch, wie häufig christliche Gewerkschaftsführer und christliche Gewerkschaftsorgane jene Leute und Zeitungen mit beißender Ironie abgefertigt haben, die es wagten, diese Beiträge mit dem Hinweis auf die sauer verdienten Arbeitergroschen zu bekämpfen. Behrens wie Mumm haben die Notwendigkeit der Beitragszahlung, und zwar einer möglichst hohen, sicher selbst genug nachgewiesen. Und jetzt soll auf einmal das Umgekehrte wahr und richtig sein? Jetzt sollen die Millionen Arbeiter zu bedauern sein, die ihren Beitrag zahlen, um vor Not und Elend sich zu sichern und um in Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe gerüstet dazustehen, deren Beitragszahlung man es in der Hauptsache mit verdankt, daß die deutschen Arbeiter nicht zum rechtlosen Helotentum, zu rückgratlosen Arbeitssklaven herabgesunken sind! Oder sind die Arbeiter verpflichtet, nur in christlichen Gewerkschaften Beiträge zu zahlen, sind nur diese Beiträge einwandfrei?

Ein unfreiwilliges Geständnis. Unter dieser Ueberschrift wird dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften vom Essener gelben „Werkverein" freundnachbarlich ein fataler Schnitzer unter die Nase gehalten, der dem christlichen Organ bei der Mohrenwäsche an der Leitung des christlichen Textilarbeiterverbands unterlaufen ist. Das christliche Blatt hatte in seiner Nr. 21 geschrieben: „Der frühere Beamte des Zentralverbands christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Wilhelm Röhling, ist von dessen Vorstand entlassen worden. Von Rechts wegen! Uns ist von den mehr als 350 Beamten der christlichen Gewerkschaftsbewegung keiner bekannt, der an Faulheit, Unfähigkeit, positive organisatorische Arbeit zu leisten, und an persönlichen unsympathischen Eigenschaften an Röhling heranreicht."

Darob der „Werkverein" meint: „Da muß ja das Zentralblatt noch eine ganze Reihe von christlichen Beamten kennen, die zwar „an Faulheit und Unfähigkeit, sowie an persönlichen unsympathischen Eigenschaften an Röhling nicht heranreichen", aber doch über ein hübsches Päckchen der genannten Vorzüge verfügen."

Geschwindelt muß sein. Im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" sowie im schwarzen Organ: „Der Arbeiter", wird ebenfalls die Mär verbreitet, die Steinarbeiter-Redaktion hätte gelegentlich Bebels Tod mit Absicht zwei verschiedene Nummern erscheinen lassen. — Diese Blätter meinen, die Bebelnummer sei für die „roten" Mitglieder bestimmt gewesen, und die andere ohne Bebels Nekrolog für die „Dummen", für die Nichtorganisierten. Trotzdem diese Zeitungen unsre Darstellung aus der Nr. 35 kennen, halten sie an den schwindelhaften Einbildungen fest. Es muß um die schwarze Journalistik recht sonderbar bestellt sein, wenn man dem Gegner gegenüber zu solchen unsauberen Mitteln greifen muß. — Unsre Mitglieder selbst haben überdies der Redaktion gegenüber mit

der Anerkennung nicht zurückgehalten, daß wir nach der empfangenen Todesnachricht sofort einen Nekrolog für Bebel schrieben. Wenn das Zentralblatt meint, die andern Gewerkschaftsorgane hätten von Bebels Tod erst 8 Tage später Notiz genommen, so nehmen wir an, daß eben jene Blätter schon gedruckt waren, als die schmerzliche Nachricht über Bebels Tod eintraf. — Vom „Steinarbeiter" waren ja auch bereits 10 000 Exemplare gedruckt und somit konnte der Nekrolog noch in den restlichen Teil von 27 000 bis 28 000 Exemplaren gebracht werden. Wenn die christlichen Blätter einen solchen Vorgang nicht begreifen können, so müssen deren Redakteure in einer sonderbaren geistigen Auffassung dahinleben. —

Na endlich. Der den Sandsteinmetzen wohlbekannte Herr Hesse, welcher in Berlin ein Steinmetzgeschäft betreibt, ist zum „Königlichen Hofsteinmetzmeister" ernannt worden. Den Verbandsbestrebungen unsrer Kollegen suchte Herr Hesse immer mit einer gewissen reserveoffiziersmäßigen Schneid entgegenzutreten.

1110 Tonnen Pflastersteine wurden 1912 in Emden aus Norwegen eingeführt. Das wären somit etwa 110 Eisenbahnwaggons Steine.

Große Pflasterungen in München. Im Straßenbauwesen hat München mit andern Großstädten nicht gleichen Schritt gehalten. Es müssen deshalb jetzt für Neupflasterungen enorme Summen ausgegeben werden. Im einzelnen stellt sich für 1914 die Ausgabe folgendermaßen: Hausteinpflaster mit neuen Steinen: Spichernstraße 41 400 Mk.; mit alten Steinen: Bergstraße zwischen Weinbauernstraße und Giesingerberg 4200 Mk., Elsässer Straße zwischen Spichern- und Kirchenstraße 4800 Mk., Falkenstraße vor Hausnummer 1 bis 8 2400 Mk., Ichostraße zwischen Weinbauernstraße und Giesingerberg 6000 Mk., Landsbergerstraße zwischen Elsenheimer- und Peter-Vischer-Straße 7200 Mk., Sommerstraße zwischen Birkenau und Nußbachstraße 3000 Mk., Wiener Straße äußere, Fahrbahnauspflasterung zwischen Lucile Grahn- und Leuchtenbergstraße 26 000 Mk. Kleinsteinpflaster: Clemensstraße zwischen Bismarck- und Belgrad-Straße 35 000 Mk., Dachauer Straße, Auspflasterung zwischen Leonrodstraße und Landshuter Allee 32 000 Mk., Fuetererstraße zwischen Volkart- und Hübnerstraße 7000 Mk., Ganghoferstraße zwischen Heimeran- und Pfeufferstraße 72 000 Mk., Grillparzerstraße zwischen Coulmiersplatz und Schneckenburgerstraße 32 800 Mk., Hompeschstraße, südl. Fahrbahn, 2800 Mk., Kobellstraße nebst Platz an der Einmündung in den Bavariaring 33 600 Mk., Nußbachstraße 12 800 Mk., Landsberger Straße zwischen Peter-Vischer- und Sandrartstraße 40 000 Mk., Lohstraße zwischen Kupferhammer- und Cannabichstraße 8000 Mk., Renatastraße zwischen Jagdstraße und südl. Auffahrtsallee 37 400 Mk., Seeriederstraße 8000 Mk., Theresienhöhe zwischen Bavariapark und Hausnummer 6 33 600 Mk., Tizianstraße zwischen Waisenhaus- und Gernerstraße 24 800 Mk., Weinbauernstraße 12 000 Mk., Wendelsteinstraße 4000 Mark, Winthirstraße nördl. der Romanstraße 11 200 Mk., Wirthstraße 19 200 Mk., Zehentbauernstraße 8000 Mk., Zugspitzstraße zwischen Alpen- und Watzmannstraße 7200 Mk.

Dann folgen noch Pflasterungen einiger kleinerer Straßen, sowie die Angaben über die asphaltierten Straßendecken. Die Gesamtzusammenstellung ergibt, daß die Stadt München im kommenden Jahre etwa 660 000 Mk. für Pflastersteinlieferungen auszugeben hat. —

596 000 Kubikmeter Steinschlag hat für kommendes Jahr die Eisenbahndirektion Halle nötig. Das mögen insgesamt etwa 100 000 Eisenbahnwaggons sein. Der Auftrag wird sich auf ca. 2½ Millionen Mark belaufen. Die eingegangenen Offerten schwanken per Kubikmeter von 4 Mk. bis 6.15 Mk.

Ein so enormer Auftrag ist der Steinindustrie schon lange nicht mehr zugute gekommen. Bei der Vergebung kommen natürlich sehr viele Teillieferungen in Betracht. An der Submission haben sich 73 Schotterwerke beteiligt.

Die Bahnhofsumgestaltung in Duisburg wird 40 Millionen Mark Kosten verursachen. Zwei Drittel davon trägt der preußische Staat, ein Drittel fällt der Stadt Duisburg zur Last. Im Industriegebiet werden zurzeit an den Bahnhofsanlagen große Umgestaltungen vorgenommen. Die Steinindustrie wird dabei ebenfalls profitieren.

Gegen die Arbeitslosigkeit. In Elberfeld und Barmen fanden kürzlich zwei stark besuchte Arbeitslosenversammlungen statt. Einberufen waren diese Versammlungen von der Elberfeld-Barmer Gewerkschaftskommission in Gemeinschaft mit dem Ortsverband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Die Christlichen, die anfangs mit an den vorbereitenden Verhandlungen teilnahmen, schlossen sich später aus, obwohl die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht minder unter den Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Ueber das Thema: Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen und welche Verpflichtungen haben Reich, Staat und Gemeinden, die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not zu lindern?, sprachen Arbeitersekretär Genosse Krüger-Barmen und der Sekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Ingenhofen-Düsseldorf. Obwohl sämtliche Stadtverordnete zu diesen Versammlungen eingeladen worden waren, erschienen nur mehrere sozialdemokratische, während die bürgerlichen durch Abwesenheit glänzten. Eine Resolution, die die Kommunen Elberfeld und Barmen auffordert, eine Vorlage zur Grundlage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einzubringen und zu beschließen, wurde einstimmig angenommen. — Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion auf dem Elberfelder Rathaus hat für die nächste Sitzung folgenden Antrag eingebracht: „Einführung der städtischen Arbeitslosenversicherung und Bereitstellung von 20 000 Mk. hierfür."

Man sieht wiederum, daß nur in erster Linie die sozialdemokratischen Vertreter für die Sache der Arbeiter wirken.

Ein christlich-sozialer Mörder begnadigt. Der Mörder des sozialdemokratischen Abgeordneten Schuhmeier aus Wien, der Parteigänger der Christlich-Sozialen, Paul Kunschak, wurde vom österreichischen Kaiser begnadigt. Bekanntlich hat die Witwe Schuhmeiers schon dahin gewirkt, daß der Mörder nicht der Todesstrafe verfallen soll. Der Mordbube hat nun 20 Jahre schweren Kerkers abzumachen.

Schwerer Unfall. In dem neu angelegten Steinbruch der [illegible] in Querfurt waren durch das Abstürzen zweier Kippwagen von einer den Vorschriften der Berufsgenossenschaft nicht entsprechend gebauten Brücke die Arbeiter [illegible] und [illegible] verunglückt, glücklicherweise aber mit Rippenbrüchen und Kopfverletzungen davongekommen. Der Bauunternehmer Nikolaus [illegible] wurde vom Schöffengericht wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 60 Mk. Strafe verurteilt. In der Berufungsverhandlung in Naumburg bestritt er, daß ihn die Verantwortung treffe, da er nur übernommen habe, den Abraum im Akkord abzufahren und der Bruchmeister resp. dessen Auftraggeber verantwortlich sei. Da der Sachverständige nicht anzugeben vermochte, daß der Absturz durch den nicht genügend gesicherten Bau bewirkt worden war, wurde auf Freisprechung erkannt. Die alte Geschichte. Es gelingt in solchen Fällen nur selten, die Schuldigen zu fassen.

Literarisches.

Von den Abhandlungen und Vorträgen zur sozialistischen Bildung, herausgegeben vom Genossen Grunwald, ist soeben Heft 10 erschienen, in dem Georg Stiekloff Marx und die Anarchisten behandelt. Das Heft gibt eine sehr gewissenhafte historische und theoretische Zusammenstellung, die heute nicht nur geschichtlichen, sondern auch einen großen aktuellen Wert besitzt. Wir [illegible], daß viele derjenigen Probleme, die im Gegensatz zu [illegible] Proudhon, Weitling, Bakunin. [illegible] ganz [illegible] [illegible] wie die Fragen des Parlamentarismus, [illegible] heute bei den Fragen des Syndikalismus und des [illegible] eine große Rolle spielen. [illegible] diese Fragen in einer [illegible] Art, so daß [illegible] man auch immer zu den Problemen selbst Stellung nehmen mag, man das Heftchen mit großem Nutzen lesen und für die eigne Fortbildung wird benutzen können.

Das Heft umfaßt 70 Seiten und kostet bei der bekannten guten Ausstattung dieser Sammlung nur 50 Pfg. Es ist durch jede Buchhandlung und durch alle Kolporteure zu beziehen.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft zum Preise von 10 Pfg. Bestellungen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. bis mit 25. Oktober.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Freystadt, B. 3.—, K. 0.20. Golsen, B. 2.—. Mölln, B. 3.—. Luckenwalde, B. 3.—, Div. 0.10. Wanzleben, B. 3.—, K. 0.20. Konitz, B. 5.—. Hannover, B. 9.60. Altenburg, B. 12.—, K. 0.40. Bonn, B. 50.—, E. 3.—. Bobengrün, B. 86.70, E. 0.50, K. 0.80. Chemnitz, B. 62.50, E. 0.50, K. 50.75. Dürkheim, B. 305.60, K. 0.40. Hornberg, B. 4.50. Jannowitz, B. 262.50. Kirchheim, B. 178.75, E. 9.—, K. 29.—. Kleinrinderfeld, B. 372.57, E. 2.25, K. 28.10. Lübeck, B. 92.50, K. 5.—. Neuenstein, B. 109.20, K. 6.40. Triberg, B. 14.24, E. 1.—, K. 0.60. Zapfendorf, B. 86.94, K. 9.40. Stadtprozelten, B. 77.56, K. 16.30. Selbitz, B. 85.—, E. 4.—. Rottenbauer, B. 134.66, E. 1.75, K. 7.95. Roth a. S., B. 105.20, E. 0.50, K. 0.50, M. 1.70. Prenzlau, B. 46.—. Pforzheim, B. 20.—, K. 2.50. Medard, B. 34.86, K. 0.50, M. 6.—. Mülheim, B. 171.25, E. 4.25, K. 3.—, M. 6.75. Kelheim, B. 36.—. Kirchheim, B. 463.35. Hornberg, B. 177.24, E. 1.—, K. 1.50. Fechenbach, B. 281.60, K. 22.10. Demitz, B. 1193.45. Bernburg, B. 186.—, E. 2.—, K. 3.20. Alsenz, B. 291.14, E. 6.—, E. 4.70. Amorbach, B. 7.56, K. 7.60. Andlau, B. 63.42, K. 2.—. Würenlos, Ins. 2.10. Hermannstadt, B. 3.—, Div. 0.80. Arendsee, B. 4.80. Albrechts, B. 2.—. Dittelsdorf, B. 5.60. Bochum, B. 7.—, E. 5.—. Crefeld, B. 174.35, E. 2.50, K. 3.15. Ehringsdorf, B. 6.30, K. 0.45. Essen, B. 308.50, E. 5.—, K. 10.—, M. 3.50. Greifswald, B. 62.—, K. 1.50. Heilbronn, B. 252.—, K. 34.75. Kelbra, B. 0.40. Kesselbach, B. 86.25, E. 3.50, K. 8.50. Marktbreit, B. 297.68, K. 0.10. Zöblitz, B. 86.66, K. 0.70. Rostock, B. 906.—, K. 15.—, M. 9.80. Ochsenburg, B. 17.—, E. 13.50, M. 1.50. Liegnitz, B. 112.96, E. 2.—, K. 1.40. Königshain, B. 238.84, E. 2.50, K. 4.60. Heigenbrücken, B. 122.78, E. 0.50, K. 0.20, M. 1.50. Höchst (Odenw.), B. 8.50, E. 0.25, K. 0.70. Frankfurt a. M., B. 771.—, K. 25.—, M. 2.50. Crawinkel, B. 124.—. Bamberg, B. 90.45, K. 9.55, M. 1.50. Augsburg, B. 198.—. Cuxhafen, B. 6.—. Köslin, B. 3.—, Div. 0.25. Oechsen, Ins. 4.80. Kalteneck, B. 19.25, K. 0.20, M. 16.85. Oldenburg, B. 40.25. Treuchtlingen, E. 15.—. Langenaltheim, B. 5.25. Lauban, B. 50.—. Ansbach, B. 39.—, K. 0.80. Augsburg, B. 95.—, M. 15.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Demitz. Der Steinarbeiter Ernst Wegner aus Sebnitz wird hiermit ersucht, seine Sachen vom Polier Adam abzuholen.

Erfurt. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß das Ortsgeschenk der Zahlstelle nur an diejenigen Kollegen ausgezahlt wird, die acht Wochen arbeitslos sind. Das Platzgeschenk wird mit der Reiseunterstützung bis auf weiteres weiterbezahlt. — Hier herrscht große Arbeitslosigkeit. Die Ortsverwaltung.

Leipzig. Max Kratzel, sende Deine Adresse an Matth. Stockinger, Braustraße 22, I. l.

Ludwigshafen. Ich warne die Kollegen allerorts, dem Marmorhauer Wilhelm Rubert, geb. am 25. August 1877 in Düsseldorf, etwas zu leihen oder sonstige Unterstützung zu gewähren. Er betrog mehrere Arbeitskollegen und auch die hiesige Zahlstelle. Ferner ersuche ich die Kassierer, die Interimskarte Nr. 43 435 sofort einzuziehen und an unsere Zahlstelle zurückzusenden.

Johann Falk, Kassierer.

München. Der Steinmetz Philipp Lorenz möchte sofort seine Adresse einsenden. Die Ortsverwaltung.

Neusatz. Der Werkzeugschmied Anton Kohrer, geboren am 31. Januar 1876 in Sasbachwalden, ist von hier abgereist und hat seine Interimskarte in Unordnung liegen lassen.

Joseph Labermeier, Kassierer.

Strehlen. Der Kollege Joseph Franke, geb. am 11. April 18.. in Setzdorf, möchte seinem Bruder die Adresse mitteilen.

Karl Franke, Strehlen (Schles.), Weidenstraße 10/11.

Adressen-Aenderungen.

Bremen. Vors.: Julius Hammer, Düppelstraße 5, pt. Kass.: Karl Maus, Frielinger 27, I.

Faulbach. Vors.: Jos. Fleckenstein. Kass.: [illegible] Fleckenstein.

Saarbrücken. Kass.: Jos. Wiehr, Gärtnerstraße 54.

Versammlungskalender.

Mitglieder-Versammlungen

Baiersdorf: 2. November, nachmittags 2 Uhr, bei Döring.
Rohrlach: 2. November, nachmittags 3 Uhr, bei Buhl.
Roth: 2. November, nachmittags 3 Uhr, bei Witwe Rothelfer.
Alsleben: 8. November, abends 8 Uhr, im „Fährhof".
Flonheim: 9. November, nachmittags 3½ Uhr, im „Prinz Karl".

Briefkasten.

Nürnberg. Der eingesandte Bericht stand ja schon im „Steinarbeiter". — **K. Risse.** Deine Anfrage lautet: Kann ein Steinmetzmeister, welcher sechs Gesellen beschäftigt und selbst freiwilliges Mitglied einer Ortskasse ist, zweimal sein Wahlrecht ausüben? Antwort: Nein. Nach § 14 der allgemeinen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung kann Betreffender seine Stimme nur als Arbeitgeber abgeben. Hätte er aber regelmäßig nicht mehr als zwei Gesellen beschäftigt, dann dürfte derselbe nicht einmal als Arbeitgeber wählen. Allerdings bei der Unfallversicherung gilt der schon als Unternehmer, welcher mindestens eine Person beschäftigt. Die gestellte Frage ist überdies sehr interessant. Also, a bisserl Budenrecht machen. — **N. K.** Die Kollegen müssen eine sonderbare Meinung haben, wenn sie denken, die Verwaltung wäre nicht berechtigt, die Bücher einzuziehen. — **Löbau.** Das könnt Ihr besser aus der Broschüre lesen. Aber wenn es einmal paßt, dann wird dort Halt gemacht.

Anzeigen

Lichtbilder-Vorträge im Gau Regensburg.

Kirchenlamitz: 1. Nov., abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus".
Marktleuthen: 2. Nov., abends 6 Uhr, im „Goldnen Löwen".
Wunsiedel: 3. Nov., abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsheim".
Tröstau: 4. November, abends 8 Uhr.
Seussen: 5. November, abends 8 Uhr, im Gasthaus Rieß.
Floss: 6. November, abends 8 Uhr.
Flossenbürg: 7. November, abends 7 Uhr.
Regensburg: 8. November, abends 8 Uhr.
Aunkirchen: 9. November, abends 6 Uhr.
Büchlberg: 10. November, abends 6 Uhr, im Gasthaus Eibl.
Metten: 11. Novbr., abends 7 Uhr, in der Brauerei Grabmeier.
Augsburg: 12. November, abends 8 Uhr.
München: 13. November, abends 8 Uhr.
Bad Aibling: 15. Nov., abends 7 Uhr, im Gasth. z. Elektr. Licht.
Bruckmühl: 16. November, abends 6 Uhr.
Nürnberg: 17. November, abends 8 Uhr.

Referent in allen Versammlungen: Hugo Walther, Leipzig.

In den Zahlstellen Augsburg, München, Bruckmühl und Nürnberg werden den Mitgliedern die Versammlungslokale noch bekanntgegeben. — Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Gauleitung.

Neuheit für Steinmetzen!

„Simplon"-Stockhammer

Ersatzplatten

hierzu liefere zu ermässigten Preisen.

Albert Baumann, Aue (Erzgeb.)

Werkzeugfabrik.

Schürzen

Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Die in Steinarbeiterkreisen sehr beliebten

Gestrickten Hemden

empfiehlt den Kollegen zum billigsten Preis

Chr. Diesel, Johnsdorf bei Zittau.

Mehrere Arbeiter

für Spaltmaschinen (Kleinpflaster und Mosaik) bei guten Akkordsätzen gesucht für **Seebach und Kandern.**

Vereinigte Granitwerke Seebach und Kandern
Gebr. Thiele in Ottenhöfen (Baden).

Allein-Vertrieb

der sehr beliebt. Dieselschen gestrickten Steinmetz-Hemden und Hosen für Hamburg, Altona und Umgegend

Emil Keidel Hamburg 6, Bartelsstraße 93

Tüchtiger Maschinenschleifer

auf **Marmor** für dauernde Arbeit gesucht.

Lorenz & Hinz, G. m. b. H., Saarbrücken, Lützelbachstraße

Tüchtiger Marmor- und Granitfräser

der mit allen vorkommenden Arbeiten vollkommen vertraut ist, für **Rheinland gesucht.** Eintritt sofort. Offerten unter **R. M. 100** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Vergleich.

In der Privatklagesache **Johann Zitzmann III,** Steinhauer in Obernbreit, Privatkläger, vertreten durch die Rechtsanwälte Seufert I und II in Würzburg, gegen **Margareta Zitzmann,** Steinhauersehefrau in Obernbreit, Privatbeklagte, wegen Beleidigung ist im Termine vom 17. September 1913 beim kgl. Amtsgerichte Marktbreit zwischen den Parteien folgender Vergleich abgeschlossen worden:

I. Die Privatbeklagte nimmt die sämtlichen den Gegenstand der Privatklage bildenden, von ihr über den Privatkläger gemachten beleidigenden Aeußerungen als jeder Begründung ermangelnd zurück; sie leistet dem Privatkläger hierfür Abbitte.

II. Die Privatbeklagte trägt sämtliche erwachsenen Kosten und Auslagen.

III. Die Privatbeklagte bezahlt an den Privatkläger eine Buße von 30 Mark.

IV. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, diesen Vergleich 1. im „Würzburger Generalanzeiger", 2. in der Wochenschrift „Der Steinarbeiter", 3. im „Fränkischen Volksfreund" öffentlich bekanntzumachen.

V. Durch gegenwärtigen Vergleich sind sämtliche zwischen den Parteien bis auf den heutigen Tag gefallenen Beleidigungen ausgeglichen.

Als Vertreter des Privatklägers gebe ich diesen Vergleich hiermit öffentlich bekannt.

Würzburg, den 20. Oktober 1913.

M. Seufert, Rechtsanwalt.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Berlin** am 19. Oktober der Fräser **August Liermann,** 45 Jahre alt, an Blutvergiftung.

In **Frankfurt a. M.** am 23. Oktober der Sandsteinmetz **Georg Huttmann,** 43 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In **Mittweida** am 22. Oktober der Pflastersteinmacher **Oskar Friedrich Pelz,** 48 Jahre alt, an Herzlähmung.

In **München** am 22. Oktober der Sandsteinmetz **Peter Kopp,** 38 Jahre alt, an Tuberkulose.

In **Straßburg** am 26. Oktober der Sandsteinmetz **Ludwig Küntzsch,** 45 Jahre alt, an Magen- und Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.